

Große Freiheit

- Die Zeitung der Hamburger Liberalen

Liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

die "Große Freiheit" und die Welt haben etwas gemeinsam. Die Strukturen verändern sich. Anders als bei der "Großen Freiheit", wo neue Partnerschaften entstehen, um unsere Zeitung erfolgreicher und attraktiver zu machen, werden in der Weltordnung Partnerschaften aufs Spiel gesetzt. Da wird, ohne Rücksicht auf bestehende Vereinbarungen, ein herrschsüchtiger Krieg erhoben, dessen Rechtfertigung sich nur wenigen Menschen erschließt.

An dieser Stelle habe ich mir eigentlich erhofft, mit Ihnen auf ein friedliches Osterfest zu schauen. Dies ist mir leider nicht vergönnt. Dennoch möchte ich diesen Wunsch auf Frieden unterstreichen und Ihnen im Namen der Redaktion für die bisherige Zusammenarbeit danken. Mit Ihrer fleißigen Hilfe schaffen wir es, dass aus einem „Schülerheft“, ein aktuelles, modernes, kommunikatives und verbindendes Lesevergnügen wird.

Hierzu wird die Zeitung schrittweise einem Facelifting unterzogen, was sie vielleicht schon in den vergangenen Ausgaben bemerkt haben. Modern wird die Zeitung durch ein neues Layout, an dem die Redaktion bereits jetzt fleißig arbeitet. Die Aktualität und die Kommunikation wird durch die Zusammenarbeit mit modernen Medien, wie dem Internet oder dem Email-Kontakt mit Mitgliedern, unterstrichen, wodurch zukünftig über aktuellen Veranstaltungen gesondert informiert wird. Schließlich wollen wir eine Verbindung zwischen allen Bereichen der Parteiarbeit schaffen, insbesondere zwischen der Fraktion und den Mitgliedern.

Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin mit qualifizierten Beiträgen. Die „Große Freiheit“ gewinnt dadurch nicht nur an Umfang, sondern auch an „Format“.

Ihr Dirk Ketelsen
(Chefredakteur)

T I T E L

- 02 Grußwort
- 04 Der internationale Strafgerichtshof ist ein großer Erfolg für die
Weltgemeinschaft (R. Funke)
- 05 Tacheles zur Kita-Neuregelung: Senator Lange im Gespräch
mit Eltern (M. Bott)
- 06 Das neue Lehrerarbeitszeitmodell: transparenter,
gerechter, moderner (R. Lange)
- 08 Schüler demonstrieren für den Frieden – eine Aufbereitung
(L. Schrader)
- 10 Schülerdemonstration für Krawallaktionen genutzt
- 11 Die eigene Insel - nicht länger ein Traum! (F. Husmann)
- 12 Wachsende Stadt – “Smart growth” (U. Klien)
- 13 Bezirksvereinbarung Altona
- 17 Hamburg, die Europäische Union (EU) und die Türkei
- Vorschläge für eine liberale Positionierung
(G. Möller und J. Barandat)
- 19 Neue Führungsspitze im FDP-Bezirksverband Altona
(L. Flemming und G. Hinrichs-Henkensiefken)
- 20 Spannender und informativer Frühschoppen der FDP
Wandsbek
- 22 FDP Hamburg-Nord gegen einen Denkmalschutz für den
Hamburger Stadtpark
- 24 Jubilare

S T A N D A R D S

- 26 Seminare
- 27 Aus der Bürgerschaft
- 31 Leserbriefe
- 33 Die Landesfachausschüsse
- 36 Termine in den Gliederungen
- 50 Impressum / Redaktionsschluss

Termin-Highlights:

25.04: Landesparteitag, ab 18:00 Uhr

26.04.: Landesparteitag, ab 9:00 Uhr, jeweils Bürgerhaus Wilhelmshurg

Der Internationale Strafgerichtshof ist ein großer Erfolg für die Weltgemeinschaft (Pressemitteilung Nr. 292)

Von Rainer Funke

BERLIN. Anlässlich der heutigen Arbeitsaufnahme des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag erklärt der rechtspolitische Sprecher und Vorsitzende des Arbeitskreises Innen und Recht der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer FUNKE:

Heute ist ein großer Tag für die internationale Völkergemeinschaft. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nimmt nach jahrelangen Verhandlungen endlich seine Arbeit auf. Es waren die Außen- und Justizminister der Rechtsstaatspartei FDP, die sich für die Errichtung des IStGH in besonderer Weise stark gemacht haben. Der ständige Strafgerichtshof wird wesentlich dazu beitragen, dass unsere Welt gerechter und sicherer wird. Das Völkerrecht und die Menschenrechte werden jetzt für die internationale Staatengemeinschaft noch verbindlicher. Gerade im Hinblick auf

den Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird ein gemeinsames und entschlossenes Handeln der zivilisierten Welt immer wichtiger. Auch hier kann der IStGH wichtige Arbeit leisten.

Einziger Wermutstropfen bleibt, dass Staaten wie die USA, China und Japan dem ständigen Strafgerichtshof bisher nicht beigetreten sind. Es sollten jedoch alle Länder zusammenstehen und dafür sorgen, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord nicht länger straflos begangen werden können. Die Bundesregierung bleibt daher nachdrücklich aufgefordert, für eine einheitliche europäische Haltung zu sorgen, um die bislang unbeteiligten Länder doch noch zu einer Zusammenarbeit zu bewegen.

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Tacheles zur Kita-Neuregelung: Senator Lange im Gespräch mit Eltern

Von Mirko Bott

Unter dem Titel „Das neue Kita-Gesetz – Mehr Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung“ lud der Kreisverband Barmbek-Uhlenhorst am 27. März 2003 interessierte Eltern ein. Senator Rudolf Lange informierte aus erster Hand und stellte sich der anschließenden lebhaften Diskussion mit den zahlreich erschienen Müttern und Vätern. Die Diskussionsleitung hatte unser Abgeordneter Leif Schrader.

Senator Lange fasste zunächst noch einmal die wesentlichen Neuregelungen zusammen und begründete ausführlich die Beweggründe: Die Wahlfreiheit verhindere, dass der Staat über die Kinder bestimme – dieses sei das ausschließliche Recht der Eltern. Zudem erlaube das neue Kita-Gesetz eine Maßschneidung der Betreuungszeiten auf den tatsächlichen Bedarf und eine durchschnittliche Kostensenkung von immerhin 10% für die Eltern. Senator Lange – selbst Vater und Großvater – drückte sein Bedauern darüber aus, dass in Hamburg nicht ausreichend Kita-Plätze – wie auch schon bei der Vorgängerregierung – vorhanden sein. Im Vergleich zu anderen Großstädten habe die Hansestadt aber immer noch einen sehr hohen Versorgungsgrad. Ebenso bedauerte er sehr, dass wegen der geringeren Steuereinnahmen eine Aufstockung nicht durchzusetzen sei.

In der Diskussionsrunde trugen die Eltern ihre Sorgen vor. Dabei wurde deutlich, dass ein hoher Informationsbedarf besteht und die Einführung einer Beratungs-Hotline ein guter Schritt war – ebenso der Flyer. Hauptsächlich Mütter berichteten, dass Äusserungen von Kita-Mitarbeitern sie verunsichert hätten. Die Schilderungen ließen vermuten, dass einzelne Kita-Mitarbeiter dieses – vorsichtig formuliert – nicht unabsichtlich tun. Wie Senator Lange ausdrücklich betonte, bekämen die Eltern mit dem Kita-Gutschein ja auch einen Wert-Gutschein in die Hand, der von den Betreuern im Gegenzug eine entsprechende Leistung fordere. Somit wolle man Eltern zeigen, dass sie keine Bittsteller sind. Abschließend konnte Lange die berufstätigen Mütter beruhigen, die fürchteten, dass eine Betreuung ihrer Kinder nicht mehr sichergestellt sei. Er verwies auf eine entsprechende Regelung mit den zuständigen Arbeitsämtern, die besonders diese Betreuung garantiere. In Härtefällen greife zudem noch ein ebenfalls mit dem Arbeitsamt geregelter Notfallsystem. Hier werden Tagesmütter mit stand-by-Betreuungsstunden über die Jugendämter vermittelt.

Die meisten Eltern verließen die Veranstaltung erleichtert. Von Medien und Verbänden hatten sie offenbar ein falsches Bild von der Kita-Neuregelung bekommen, das mit

umfangreicher Aufklärung – auch eingehend auf individuelle Bedürfnisse – ausgeräumt werden konnte.

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Das neue Lehrerarbeitszeitmodell: transparenter, gerechter, moderner

Von Rudolf Lange

In Hamburg wird zum kommenden Schuljahr auf der Basis der 40-Stunden Woche ein neues Lehrerarbeitszeitmodell eingeführt und zwei Jahre lang erprobt. Damit ist ein entscheidender Schritt für eine bundesweit bisher einmalige Neuorganisation und Berechnung der Lehrerarbeitszeit für die rund 16.000 Lehrerinnen und Lehrer Hamburgs gemacht. Der Senat hat das Verfahren zur Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eingeleitet. Gleichzeitig beginnt die Einweisung der Schulleitungen in die Handhabung des Modells.

In Zukunft wird alles, was unsere Lehrer leisten, auch wirklich berücksichtigt. Das schafft Transparenz und ist gerechter als das alte Pflichtstundenmodell. Zu den wichtigsten Inhalten des neuen Modells zählt die differenzierte Bemessung der Arbeitszeit. Neben der reinen Unterrichtsstunde, die nur einen Teil der tatsächlichen Arbeitszeit darstellt, werden Vorbereitung, Korrekturen sowie außerunterrichtliches Engagement und Funktionen der Lehrkräfte ebenfalls berücksichtigt.

Die Behörde für Bildung und Sport will mit dem Modell zugleich den in Deutschland kursierenden Vorurteilen

über eine geringe zeitliche Auslastung der Lehrkräfte entgegenwirken: Endlich werden alle Aufgaben einer Lehrkraft vollständig erfasst. Die Lehrerarbeitszeit kann somit objektiv mit der Arbeitszeit im gesamten öffentlichen Dienst sowie anderen Berufen und Wirtschaftszweigen verglichen werden.

Da die Lehrerinnen und Lehrer je nach Schulart und Fach unterschiedliche Aufgaben zu bewältigen haben, bekommen alle Einzelaufgaben einen Zeitwert zugewiesen. Erstmals werden auch Aufgaben angerechnet, die bisher nicht berücksichtigt werden: etwa die Projektarbeit, das Engagement als Klassenlehrer oder die Organisation von Klassenfahrten. Damit werden die erzieherische und gesellschaftliche Funktion dieser Aufgaben ausdrücklich anerkannt und die Lehrkräfte zu außerunterrichtlichem Engagement motiviert.

Auch Verwaltungs- und Fortbildungstätigkeiten fließen in die Arbeitszeitberechnung ein. Grundlage des Modells ist ein Jahresarbeitszeitkonto, das bereits in einigen europäischen Nachbarländern wie Dänemark, den Niederlanden und Österreich erfolgreich praktiziert wird.

Mit 13.700 Lehrerstellen, d.h. mit einer Relation von 15,4 Schülern pro Lehrer wird Hamburg bei der Unterrichtsversorgung auch im Jahr 2003 in der Spitze der Bundesländer stehen. In den Folgejahren steigt die Stellenzahl um jeweils 100. Im Rahmen dieser Stellenvorgaben liegt die Zielsetzung zur Einführung eines neuen Modells der Lehrerarbeitszeit für den allgemein- und den Berufsbildenden Bereich vor allem darin,

- in allen Schulen eine Unterrichtsgarantie für die Grundstunden nach der Stundentafel zu sichern,

- den Schulen einen zusätzlichen Stundenpool zu geben, über den sie eigenverantwortlich disponieren,

- die Arbeitszeit der Lehrer nach Aufgabe und Aufwand differenziert einzubeziehen,

- eine Stellenreserve für Vertretung und andere Aufgaben festzulegen.

Das neue Modell der Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern für die einzelnen Schulen unter Berücksichtigung aller unterschiedlichen Aufgaben und differenzierter Faktoren für die Lehrerarbeitszeit erweitert die

Möglichkeiten und klärt die Verantwortung für das Gelingen von Schule. Es wird erreicht, dass

- mehr Lehrerarbeitszeit direkt den Schülerinnen und Schülern zugute kommt,

- auftretende Engpässe schneller vor Ort beseitigt werden können,

- die Aufgaben gerechter verteilt und wahrgenommen werden können,

- die Eigenständigkeit von Schule gestärkt wird und

- die Qualität von Schule positiv verändert werden kann.

Ausführliche Informationen zum neuen Lehrerarbeitszeitmodell sind in einer Broschüre enthalten, die über jeden internetfähigen PC bezogen und ausgedruckt werden kann.

Internetadresse:

<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/presemeldungen/2003/maerz/28/broschuere-lehrerarbeitszeit.property=source.pdf>

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Schüler demonstrieren für den Frieden – eine Aufbereitung

von Leif Schrader

MdHB (innenpol. Sprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion)

Zunächst mochte man den Teilnehmerzahlen der Schülerdemonstration am ersten Schultag kaum glauben: 20.000 junge Menschen zogen durch die Stadt, um gegen den Krieg zu demonstrieren. Zwar während der Schulzeit, aber zunächst friedlich und mit ernstem Anliegen. Die Vorbereitungszeit für die Initiatoren war kurz, weder sie selbst noch die Polizei hatten mit einer derartigen Beteiligung gerechnet. Leider blieb von dieser wichtigen Botschaft im Verlauf des Tages wenig übrig.

Hätte die Schulbehörde diese Demonstration unter allen Umständen verhindern sollen? Abgesehen von den tatsächlichen Möglichkeiten hierzu: Die Diskussion darüber mutet in unserer Koalition manchmal etwas gespenstisch an. Das Demonstrationsrecht ist neben dem Wahlrecht unser höchstes Staatsbürgerrecht. Für ein demokratisches Staatswesen ist es schlechthin konstituierend. Ein schlichtes „Demonstrationen während der Schulzeit sind illegal“ greift zu kurz. Schulsenator Rudolf Lange hat deshalb abgewogen und richtig reagiert: Es wird nicht hingenommen, dass Lehrpersonal Unterricht ausfallen ließ oder zur Teilnahme an der Demonstration aufforderte. Dies verletzt schon das strikte Neutralitätsgebot in politischen Fragen, das ein Lehrer zu wahren hat. Weil die Demonstration in diesem Fall mit gleichem Erfolg am Nachmittag oder dem Wochenende hätte stattfinden können, wird die

Teilnahme als unentschuldigtes Fehlen im Unterricht gewertet. Zugleich hat die Schulbehörde klargestellt, dass es Anlässe geben kann, die die Wahrung des Demonstrationsrechtes als höherrangig gegenüber der Schulpflicht erscheinen lassen. Der Sanktionskatalog für Fehlen im Unterricht ist breit. Die Schulen sollten hier Augenmaß bewahren. Für die Schüler, die weder den Vietnamkrieg erlebt haben noch bewusst den zweiten Golfkrieg vor über 10 Jahren verfolgen konnten, bricht ein Stück weit ein Wertegerüst zusammen, das ihnen unsere Gesellschaft bislang vermittelt hat. Der Protest kam von Herzen und mancher kann ihn teilen.

Der Demonstrationzug verlief bis zu seiner vorgesehenen Abschlusskundgebung vor der SPD-Zentrale problemlos. Nach der Kundgebung gingen die allermeisten Teilnehmer friedlich nach Hause. Der Polizei wurde allerdings durch einen Teilnehmer eine weitere sogenannte „Spontan-Demonstration“ angemeldet, die bis zur Absperrung vor dem US-Konsulat und weiter bis vor den Dammtorbahnhof ziehen sollte. Wegen des gewaltfreien Ablaufs der vorangegangenen Demonstration machte die Polizei nicht von ihrer Möglichkeit Gebrauch, die Route zu verändern. Als noch etwa 2000 Menschen vor den Straßensperren an der Alster ankamen, missbrauchten einige Hundert Krawallmacher das Demonstrationsrecht für massive Ausschreitungen. Von da an

versuchte die Polizei fast eine Stunde lang durch Aufrufe, Steinwürfe zu unterlassen, sowie durch gezielte Festnahmen einzelner Straftäter, die Situation zu retten. Erst als es zu massiven Verletzungen von Polizeibeamten, aber auch von Demonstrationsteilnehmern durch die Ausschreitungen kam, löste die Polizei die Versammlung auf. Insgesamt forderte die Polizei dann 12 mal allein an dieser Stelle an der Alsterglaciis zum Verlassen der Versammlung auf. Tatsächlich verblieb auch nur etwa ein Viertel der ursprünglichen Anwesenden. Gegen diese wurde dann mit Wasserwerfern und durch Abdrängen vorgegangen, etliche Schüler, die die Kreuzung Theodor-Heuss-Platz blockierten, wurden zur Personalienfeststellung in Gewahrsam genommen. Der Einsatz des Schlagstockes war nicht genehmigt worden. Bislang liegt eine Strafanzeige eines Passanten vor, der von drei Polizeibeamten geschlagen worden sein soll. Dieser wird von der Staatsanwaltschaft nachgegangen. Eine weitere Anzeige richtet sich allgemein gegen die Polizeitaktik. Auf dem ausgewerteten eigenen und veröffentlichten Bildmaterial hat die Polizei keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass Polizeibeamte über Abdrängen oder Verbringen hinaus Gewalt anwendeten.

Soweit die Fakten, wie sie Hamburgs Polizeipräsident dem Innenausschuss der Bürgerschaft vortrug. Konkrete Vorwürfe an die Polizei kamen auch von der Opposition nicht mehr. War

die Polizei zu unsensibel? Sicher lässt sich im Nachhinein leicht sagen, man hätte die eher schaulustigen als zur Störung entschlossenen Schüler, die den Räumungsaufforderungen nicht nachkamen, doch einfach ignorieren können. Aber kann die Polizei dann wirksam gegen die Gewalttäter vorgehen? Setzt sie die friedlicheren Teilnehmer dann nicht sogar der Gefahr aus, durch die eigene Menschenmenge zu Schaden zu kommen?

Übrig bleibt in jedem Falle, dass Polizei und Veranstalter jetzt miteinander sprechen. Auch will die Schulamtsleiterin dafür sorgen, dass Demonstrationsrecht und Verhalten gegenüber der Polizei in den Schulen in geeigneter Weise thematisiert wird. Die „Cops for You“, die Kontaktbeamten der Polizei zu den Schulen, werden sich gerne für Gespräche vor Ort zur Verfügung stellen. Unter allen Umständen muss verhindert werden, dass sich in den Köpfen der Schülern ein Polizeibild festsetzt, das nur aus Helmen und Schutzschilden besteht.

Das detaillierte Wortprotokoll der Ausführungen des Polizeipräsidenten im Innenausschuss kann gerne nach Fertigstellung zur Verfügung gestellt werden: Anfragen bitte an das Abgeordnetenbüro Leif Schrader, Tel.: 040-20 90 96 30, Fax: 040-20 90 96 32, e-Mail: schrader_mdhb@arcor.de

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Schülerdemonstration für Krawallaktionen genutzt

Polizeibericht POL-HH: 030324-5

Im Anschluss an eine friedliche Großdemonstration von Schülern gegen den Krieg im Irak, kam es heute Mittag vor dem US-Generalkonsulat aus einer Gruppe von erwachsenen Palästinensern und gewaltorientierten Jugendlichen heraus zu massiven Angriffen auf Polizeibeamte.

Von mehreren Ausgangspunkten im Hamburger Stadtgebiet u.a. Altona, Hamburger Straße, Sternschanze, Hoheluftchaussee zogen heute ab ca. 09.50 Uhr Aufzüge mit zum Teil mehreren Tausend Schülern zur SPD-Geschäftsstelle in der Adenauerallee. Insgesamt nahmen bis zu 20.000 Schüler an den Demonstrationen teil. Die Aufzüge trafen ab 10.55 Uhr am Endkundgebungsplatz in der Adenauerallee ein. Die Demonstration verlief friedlich. Es gab keine Auseinandersetzungen.

Gegen 11.15 Uhr zogen große Gruppen mit mehreren 1.000 Personen in Richtung Innenstadt. Mit einem Anmelder wurde ein Marschweg für einen Spontanaufzug zum Alsterufer abgesprochen. An die Spitze des Aufzuges

setzten sich gewaltorientierte Jugendliche, Kurden und Palästinenser, die die Stimmung aufheizten. Der Aufzug mit ca. 8.000 Teilnehmern erreichte gegen 11.50 Uhr die Absperrung zum US-Generalkonsulat und hielten eine Kundgebung ab. Gegen 12.30 Uhr entfernten sich große Teilnehmergruppen in Richtung Dammtorbahnhof.

Kurz darauf kam es ab 12.35 Uhr an der Absperrung zum US-Konsulat zu massiven Wüfen mit Steinen, Eiern und Flaschen auf Polizeibeamte. Eine Gruppe von erwachsenen Palästinensern, Kurden und gewaltorientierten Jugendlichen, die mit Holzlaten und Steinen bewaffnet waren, bedrängte die Absperrkräfte und griff die Polizisten an. Die Personen wurden 12 Mal aufgefordert, sich zu entfernen. Eine

Vielzahl von Personen kam den Aufforderungen nach, ca. 1.000 Personen randalierten jedoch weiter. Daraufhin setzte die Polizei um 13.01 Uhr, 30 Minuten nach der ersten Aufforderung, Wasserwerfer ein.

Eine Gruppe von ca. 500 Personen blockierte anschließend die Kreuzung Theodor-Heuß-Platz. Nach weiteren Aufforderungen die Fahrbahn zu räumen, setzte die Polizei erneut Wasserwerfer in Richtung der Straße Grindelallee / An der Verbindungsbahn ein. Dort löste sich die Personengruppe auf.

Insgesamt wurden 21 Personen nach Straftaten, wie schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand u.a. vorläufig festgenommen. Darüber hinaus wurden vier Personen in Gewahrsam genommen.

Drei Polizeibeamte erlitten Verletzungen. Einem Polizeibeamten wurde durch einen Steinwurf der Schienbeinschutz zertrümmert und er erlitt eine

schwere Beinprellung. Zwei weitere Beamte wurden durch Steinwürfe bzw. einen Schlag mit einer Fahnenstange verletzt. Sie erlitten Prellungen, sind dienstunfähig und mussten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Angaben über möglicherweise verletzte Demonstranten liegen zurzeit nicht vor.

Die Polizei Hamburg setzte ca. 900 Beamte ein.

Dazu Polizeipräsident Udo Nagel: "Ich appelliere an alle Beteiligten, friedlich zu demonstrieren. Wer sich bewaffnet und Polizeibeamte angreift, verstößt gegen das Grund- und Versammlungsgesetz. Die Polizei wird friedliche Demonstranten schützen und weiterhin gegen gewalttätige Personen konsequent einschreiten."

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Die eigene Insel - nicht länger ein Traum!

Von Felix Husmann

In einem packenden Wahlkampf, der von knallharter Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner geprägt war, ist es Hochsee-Liberalen gelungen, aus den Kommunalwahlen Schleswig-Holsteins als stärkste Kraft hervorzugehen. Messerschar analysierte die Helgoländer FDP die Lage des Landes und kam zu dem Schluß: "Der Fisch stinkt vom Kopfe her!" - eine Bevölkerung, die fast nur aus Fischern und Vermietern besteht, weiß, wovon sie spricht.

Helgoland hat FDP gewählt, 37,2 Prozent auf einen Schlag. Nein, Insulaner sind in der Tat keine normalen Menschen. Sie haben den Landratten etwas voraus: Sie merken früher, wann welches Wetter aufzieht. Von Helgoland lernen, heißt sehtüchtig werden. Der auftreibende Helgoländer Geist muss in der ganzen Partei erkannt werden, nur so ist das politische Desaster in Berlin zu bezwingen. Sehen, was auf See passiert: Helgo-

land kennt keinen Reformstau - Autos fahren dort gar nicht und Eisenbahner können auch nicht streiken. So einfach ist das.

Lasst uns in See stechen! Auf zum nächsten Bundesparteitag nach Helgoland! Auf dem Weg dorthin trennen sich auch die streitsüchtigsten Liberalen von Themen, die den Delegierten schwer im Magen lägen. Kein unverdaubares Problem erreicht die Mole. Auf Helgoland stehen sich die liberalen Gäste permanent gegenüber: Alle zwei Stunden läuft man sich dort erneut über den Weg, allenfalls eine Trennung der Lager in Düne und Insel könnte helfen.

Die Liberalen würden zur Geschlossenheit gezwungen. Guido Westerwelle beweist auf der Reise, das auf jedem Schiff, ob's dampft oder segelt, es immer nur einen gibt, der alles regelt. Der Rest hängt über der Reling oder sucht Unterschlupf im Arbeitskreis "Kreidebleich aus 2003". Zwei-

einhalb Stunden dauert die Fahrt. Fraglich nur, ob die FDP, wenn Westertelle das Steuer in seiner Hand hält, nicht doch Sylt anläuft. Blau ist das Land, bröckelnd die Kant, gelb ist der

Sand - das sind die neuen Farben von Helgoland!

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Wachsende Stadt – “Smart growth”

Von Udo Klien

In dem nun schon seit Jahren beliebten politischen Frühschoppen der Wandsbeker FDP gab es am Sonntag den 30. März diesmal besonderen Zulauf. Das Thema wachsende Stadt beschäftigt die Wandsbeker und hier insbesondere die Walddorfer FDP seit einigen Monaten mit großer Leidenschaft, seit die Bebauungspläne bekannt wurden, die in Natur- und Landschaftsschutzgebiete eingreifen.

Die thematische Einführung durch unseren Referenten, Herr Müller-Soenksen (Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft) machte die Schwerpunkte des Konzeptes des Senates deutlich. Der Wettbewerb unter Städten ist auf internationalem Niveau und wir müssen uns mit Toronto, Barcelona und Kopenhagen messen, wollen wir auch zukünftig eine Weltstadt bleiben.

Die trotz aller Leidenschaft sachlich und kompetent geführte Diskussion machte die unterschiedlichen Standpunkte deutlich. Ob denn die wachsende Stadt notwendigerweise auch mit Bevölkerungszuwachs verbunden sein muss und wenn ja, welche Art von Menschen angesprochen werden sollen, war ein Pfad der Auseinandersetzung. Single Haushalte versus

Familienpolitik, Rückgewinnung von Abwanderern aus den Speckgürtel im Gegenpol zur Ansiedlung von Zuzug aus anderen (Bundes-)Ländern.

Ein weiterer Zweig der Gespräche befasste sich mit dem „wo“. Müssen es gerade die Walddorfer sein, ein Gebiet mit starkem Bevölkerungswachstum in den letzten 20 Jahren und schützenswerten Landschaften und Grünflächen. Warum nicht verstärkt im Innenstadtbereich, um dem Trend der Stadtfucht etwas entgegen zu setzen. Die Umwandlung von Konversionsflächen und Kleingärten in Bauland oder die Reaktivierung von Problemvierteln; die Aktivierung stadtnaher Gebiete südlich der Elbe waren die Vorschläge als Alternative, um Arbeiten und Wohnen wieder zusammenzubringen.

In einem waren sich aber alle einig: Das Konzept „wachsende Stadt“ muss alle Menschen mitnehmen, die die noch kommen, aber insbesondere die, die schon hier sind! Mit der Evokation hat sich der Senat keinen Gefallen getan, es ist jetzt die Chance aller Politiker in der Bürgerschaft zu beweisen, das sie Politik für die Bürger machen.

Udo Klien, Kreis 12

Bitte beachten Sie, der **Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe ist der

10. Mai 2003

Ihre Redaktion

Bezirksvereinbarung Altona

Übermittelt durch Gerhold Hinrichs-Henkensiefken

Vereinbarung zur Zusammenarbeit der Fraktionen der Christlich Demokratischen Union, der Partei Rechtsstaatliche Offensive und der Freien Demokratischen Partei in der Bezirksversammlung Altona bis zum Ende der XVI. Wahlperiode

Gemeinsam mit dem neuen Hamburger Senat haben die bürgerlichen Fraktionen in der Bezirksversammlung für eine neue Politik in Altona gesorgt.

Zu den bisherigen Erfolgen zählen z.B. die Einrichtung von Ganztagschulen, die Durchsetzung des Kindermuseums am Osdorfer Born, die Rettung des Dressur- Derbys sowie die Entfernung zahlreicher Poller und Verkehrsschikanen.

Um diese erfolgreiche Arbeit fortzusetzen schließen die Fraktionen der Christlich Demokratischen Union, der Partei Rechtsstaatliche Offensive und der Freien Demokratischen Partei – vertreten durch Ihre Vorsitzenden – folgende Vereinbarung ab:

1. Wahl eines Bezirksamtsleiters

Die drei Fraktionen benennen einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl zum Bezirksamtsleiter.

2. Bezirksverwaltungsreform

a. Altona setzt sich u.a. in den dafür gebildeten Kommissionen für bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltungseinheiten ein. Basis für die Verhandlungen mit dem Senat ist dabei das von der Bezirksversammlung Altona einstimmig verabschiedete Konzept für eine Bezirksverwaltungsreform.

b. Grundsätzlich sind Verantwortungsbereiche der Fachbehörden, bei denen die Bezirke durch ihre örtliche Sachkenntnis mehr Bürgernähe einbringen können, auf die Bezirke zu übertragen.

c. Altona setzt sich zum Ziel, im Haushalt 2005 durch eine veränderte Zuweisungspraxis die Entscheidungskompetenz stärker auf die Bezirke zu verlagern. Ziel ist es, noch in dieser

Wahlperiode eigene Bezirkshaushalte einzuführen.

3. Städtebau und Stadtentwicklung

a. Altona wird das strategisch bedeutsame Ziel der „wachsenden Stadt“ über laufende und neue Bebauungspläne konkretisieren. Um bei dieser Arbeit schnell genug voranzukommen, ist es erforderlich, konsequent Aufgaben an externe Dienstleister zu vergeben. Darüber hinaus werden sich die drei Fraktionen gegebenenfalls dafür einsetzen, die Stadtplanungs-Abteilung des Bezirkes personell durch Verlagerung aus den Fachbehörden zu verstärken. Die Taktfrequenz von Bebauungsplänen, die zur Rechtsreife kommen, muss erhöht werden.

b. Das Gelände der Deutschen Bahn AG nördlich des Bahnhofs Altona ist als zentrales Vorhaben im Rahmen des Konzeptes der „wachsenden Stadt“ für Gewerbeansiedlungen und hochwertigen Wohnungsbau - auch für Wohneigentum - auszuweisen.

c. Um insbesondere dem Mittelstand die Ansiedlung in Altona zu erleichtern, sind zügig zusätzliche Gewerbeflächen auszuweisen.

d. Durch die Ausweisung zusätzlicher Baugebiete sollen insbesondere jungen Familien und Schwellenhaushalten bezahlbarer Wohnraum in Einzel-, Doppel und Reihenhäusern ermöglicht werden.

e. Das Aussiedlerdorf am Hemmingstedter Weg soll im Rahmen eines mit den zuständigen Fachbehörden abgestimmten Konzeptes noch in dieser Wahlperiode abgebaut und die freiwerdende Fläche für eine Er-

weiterung des Botanischen Gartens genutzt werden.

f. Der Charakter der Feldmarken in Osdorf, Sülldorf und Rissen bleibt erhalten.

g. Die gerade vorgelegte Stadtbilduntersuchung der Elbchaussee wird von den drei Fraktionen sorgfältig ausgewertet und gemeinsam mit der Bevölkerung diskutiert. Ziel der drei Fraktionen ist es, die Elbchaussee als Kulturraum zu erhalten und bauliche Fehlentwicklungen künftig zu vermeiden. Die hierzu notwendigen Konsequenzen werden die drei Fraktionen nach der Diskussion mit der Bevölkerung zusammen mit dem Bezirksamt erarbeiten.

h. Im Zusammenhang mit dem achtspurigen Ausbau der A7 setzen sich die drei Fraktionen weiterhin mit Nachdruck für eine Überdeckung ein. Dabei sind mit der zuständigen Fachbehörde kostengünstige Lösungen zu erarbeiten, um eine möglichst zeitnahe Realisierung unter Mithilfe des Bundes zu erreichen.

i. Altona unterstützt die Olympia-Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg und wird im Falle einer erfolgreichen Bewerbung alle notwendigen Schritte einleiten, um die in Altona vorgesehenen Wettkampf- und Trainingsstätten neu zu gestalten bzw. zu erhalten.

j. Die drei Fraktionen werden sich für einen kurzfristigen Erfolg der gemeinsam mit der Bürgerinitiative in Gang gesetzten Planungswerkstatt „Große Bergstraße“ einsetzen. Es werden alle Vorschläge unterstützt, die geeignet sind, ein Aufbruchsignal für Investoren und Betreiber zu setzen. Die „Neue Große Bergstraße“ wird auf der Grundlage des Bebau-

ungsplanes Altona-Altstadt-46 ebenfalls aufgewertet.

4. Verkehr

a. Die Planung für die neue S-Bahnstation „Ottensen“ wird unterstützt.

b. Nachdem die SPD-geführten Senate über Jahrzehnte eine S-Bahn-Anbindung für Lurup und den Osdorfer Born versprochen und eine ausreichende ÖPNV-Anbindung für die ColorLine-Arena und die AOL-Arena versäumt haben, setzen sich die drei Fraktionen dafür ein, dass der neue Senat intensiv an einer Schnellbahnanbindung arbeitet.

c. Als kurzfristige Verbesserung für den Osdorfer Born sowie die Seniorenanlage „Rosenhof“ in der Isfeldstraße ist die Linienführung der Metrobuslinie 22 im Bereich Rugenborg / Schenefelder Landstraße zu verändern.

d. Der behindertengerechte Ausbau der S-Bahnhöfe ist möglichst zügig abzuschließen.

e. An geeigneten Kreuzungen werden moderne Kreisverkehrslösungen geschaffen, um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit zu verbessern.

f. Der neue Senat hat durch die beschlossene Sicherung des Hafentunnels für einen dauerhaften Erhalt dieses wichtigen Industriedenkmals gesorgt. Um die neuen Nutzungen am Hafenrand besser zu erschließen und eine zusätzliche Touristenattraktion zu schaffen, setzen sich die drei Fraktionen weiterhin für eine Nutzung des Hafentunnels durch den ÖPNV ein.

g. Altona unterstützt alle Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung des Verkehrsflusses sowie zur Beseitigung von Verkehrshindernissen. Dies gilt insbesondere auch für sensorgestützte Umlaufzeiten an Baustellen und intelligente Ampelschaltungen.

h. Bei anerkanntem Bedarf werden zusätzliche öffentliche Parkmöglichkeiten geschaffen sowie Quartiersparkplätze und -garagen zügig errichtet.

i. Ebenfalls werden zusätzliche Besucherparkplätze auf dem Gelände des AK Altona angestrebt.

5. Weitere Themen

a. Die drei Fraktionen unterstützen die gezielte Einrichtung weiterer Ganztagschulen in Altona.

b. Die Bezirksversammlung soll sich bei der zuständigen Fachbehörde dafür einsetzen, dass die Polizeipräsenz in Altona weiter verbessert, die Videoüberwachung kritischer Bereiche – z.B. der Bahnhöfe – intensiviert und das Personal der Feuerwehr aufgestockt wird.

c. Die drei Fraktionen unterstützen die Initiative des Senats zur Einrichtung eines Marinemuseums (Sammlung Tamm) auf dem Gelände der Seefahrtsschule und des Heine-Parks. Dabei sollen das städtebauliche Ensemble aufgewertet und der Heine-Park erhalten bleiben. Der Park und die Rainvilleterrasse sollen für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben.

d. Die drei Fraktionen werden sich für den langfristigen Erhalt und die Stärkung der bezirklichen Büchereien sowie für die Weiterführung eines attraktiven Volks-

hochschulangebotes im Hamburger Westen einsetzen.

e. Sofern für das jüdische Theater Schachar nicht kurzfristig neue Räumlichkeiten gefunden werden können, setzen sich die drei Fraktionen dafür ein, dass am alten Standort im Haus 3 eine Lösung gefunden wird.

f. Die historisch wertvollen Gebäude Katharinenhof, Gosslerhaus und Hesse-Haus sind in eine Stiftung mit dem Ziel einer weiteren öffentlichen Nutzung sowie der Durchführung von Sofortmaßnahmen zum Substanzerhalt einzubringen.

g. Bei der Einrichtung und der Fortführung sozialer Einrichtungen haben benachteiligte Stadtteile Priorität. Die drei Fraktionen werden sich dafür einsetzen, dass neben den Mitteln der „Sozialen Stadtentwicklung“ auch weitere Mittel der Fachbehörden entsprechend eingesetzt werden.

h. Stadtteilkultur versteht sich als ein wichtiges Angebot an den Bürger, das sich jedoch an eine größere Zielgruppe als bisher wenden muss.

i. Vor dem Hintergrund des ersten Zuwendungsberichts werden das Zuwendungscontrolling weiter systematisiert und Einzelfälle stichprobenartig untersucht.

j. Es sollen künftig vermehrt Hilfeempfänger im Rahmen des „Ein-Euro-Programms“ einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten.

k. Das innerstädtische Grün ist aufzuwerten und zu schützen.

l. Der Zirkus „Mignon“ erhielt den Altonaer Kinder- und Jugendpreis. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Zirkus auch künftig in Altona bleiben kann.

m. Das Erscheinungsbild Altonas ist durch vermehrten Mittel- und Personaleinsatz für Sicherheit und Sauberkeit aufzuwerten.

n. Das Angebot zur unentgeltlichen Nutzung von öffentlichen Sportanlagen und Hallen soll für die Sportvereine erhalten bleiben.

Die drei Fraktionen unterstützen die genannten politischen Ziele und Vorhaben durch gemeinsame Anträge in der Bezirksversammlung, im Ortsausschuss Blankenese sowie in den Ausschüssen und Unterausschüssen.

Über weitere Einzelanträge informieren sich die Fraktionen gegenseitig vor der Einbringung.

Altona, den 12. März 2003

Unterzeichnet durch: Uwe Szczesny, Thomas, Meyer-Bretschneider, Martin Scharlach

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Hamburg, die Europäische Union (EU) und die Türkei - Vorschläge für eine liberale Positionierung

Von Gunnar Möller und Jörg Barandat

I. Die Entscheidung von Kopenhagen 2002

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben am 12. Dezember 2002 auf dem "Erweiterungsgipfel" in Kopenhagen der Türkei zugesichert, dass die Beitrittsverhandlungen zur Vollmitgliedschaft im Dezember 2004 beginnen, wenn die Türkei die "Kopenhagener Kriterien" von 1993 erfüllt (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Minderheitenschutz, Achtung der Menschenrechte, Primat des Zivilen vor dem Militärischen, funktionierende Marktwirtschaft).

Mit dieser konkreten Beitrittsperspektive erfährt der Reform- und Transformationskurs der Türkei eine neue Dynamik. Dies ist auch dringend erforderlich, um die heute noch objektiv bestehenden Defizite zügig zu überwinden. Erheblichen Nachholbedarf gibt es vor allem im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte sowie bei der Durchsetzung der zivilen Kontrolle über das Militär und die Sicherheitskräfte.

II. Die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft der Türkei für Hamburg, Deutschland und die EU

Natürlich profitieren die Türken von einer EU-Mitgliedschaft in hohem Maße. Insbesondere die türkische

Volkswirtschaft wird einen deutlichen Wachstumsschub erhalten. Ebenso klar liegen aber auch die Vorteile für die EU, für Deutschland und für Hamburg auf der Hand, sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht: Die europäische Einflussnahme auf die weitere Entwicklung in der Türkei und in der Region erhöht sich. Die reformorientierten Kräfte (u. A. auch die "Liberal Demokrat Parti") werden gestärkt. Die innen- und außenpolitische Stabilität wird gestützt, möglichen Risiken (z.B. Organisierte Kriminalität, Terrorismus, aggressive Militärs) kann entgegengewirkt werden. Gerade vor dem aktuellen türkischen Fehlverhalten in der Zypernfrage leuchtet dieser Kontext ein. Denn eine konsequent an europäische Wert- und Handlungsmaßstäbe herangeführte Türkei hätte eine solche Zypernproblematik gar nicht erst entstehen lassen.

Ökonomisch wichtig, auch und vor allem für Hamburg: Der europäische Binnenmarkt wird nicht nur substanzial erweitert. Mit den türkischen Häfen und Logistikdrehscheiben erhält er zusätzlich eine Brückenkopffunktion in die Region um das Kaspische Meer, nach Zentralasien sowie in den nah- und mittelöstlichen Raum.

III. Die EU, die FDP und die Türkei

Viele gute Gründe also, sich auch als

Hamburger FDP für einen realistischen und konstruktiven Beitrittsprozess auszusprechen. Der LFA I und die "Initiative Warburg" haben deshalb einen entsprechenden EU-Türkei-Antrag formuliert. Der Landesvorstand wird diesen sowohl beim Bundes- als auch beim Landesparteitag einbringen. Mit dem Antrag unterstützen wir das Konsens-Ergebnis des Kopenhagener Gipfels, also die Nennung einer konkreten Beitrittsperspektive. Denn nur klare, an Bedingungen geknüpfte Beitrittsperspektiven können positive Wirkungen im Transformationsprozess erzeugen. Gleichzeitig weisen wir auf die heute noch bestehenden Defizite hin. Entscheidend und erforderlich für die Überwindung dieser Defizite ist ein Gesamtkonzept im Sinne eines konstruktiven Entwicklungsplanes. Dabei gewährleisten Gesetzesreformen allein noch keine wirksamen Fortschritte. Es kommt ganz wesentlich auch auf deren Implementierung und Umsetzung an.

Mit diesen Prämissen liegt die Hamburger FDP auf den Linien der Liberalen im Europaparlament (ELDR-Fraktion). Gleichzeitig grenzen wir uns vom weichgespülten Gefälligkeitskurs der rot-grünen Bundesregierung ab. Auf der anderen Seite ist klar, dass die CDU/CSU mit Ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei weder im europäischen noch im deutschen Interesse handelt. Ihre fundamentale Haltung, oftmals unterlegt mit Stamm-tisch-Polemik und religiösen Ressentiments, ist allzu durchsichtiges Ergebnis wahltaktischer Opportunitäts-überlegungen.

Gerade vor diesen Hintergründen müssen die Liberalen wieder eine deutlich aktive und deutlich wahrnehmbare Rolle spielen. Insbesondere der zuständige Bundesfachausschuss ist gefordert, sich mit eigenen Überlegungen und Vorschlägen an den Heranführungs- und Implementierungsprozessen zu beteiligen. Diese können und sollten dann zur Vorbereitung parlamentarischer Initiativen der FDP-Bundestagsfraktion und der ELDR im EU-Parlament dienen.

IV. Die Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e.V. (LTD)

Dem Antrag des LFA I und der Initiative Warburg gingen zahlreiche Recherchen voraus. Dabei wurde festgestellt, dass die Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e.V. LTD in Hamburg nicht präsent ist. Vorab ein kurzes Porträt: Die Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e.V. (LTD) wurde vor zehn Jahren von freiheitlich denkenden und handelnden Türcinnen, Türken und Deutschen mit den folgenden Gründungs-ideen ins Leben gerufen:

- aktive Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die Politik, unabhängig von Religion oder Staatsangehörigkeit,
- Schaffung einer Plattform für den Dialog zwischen Kulturen, Religionen und Individuen,
- Vertretung der Belange von Minderheiten,

- Förderung des Liberalismus in Europa und weltweit.

Erster Ansprechpartner in der deutschen Politik ist die FDP. Die LTD ist bundesweit organisiert. Mittlerweile gibt es zudem Landes-/Regionalverbände in Hessen, Berlin, Norddeutschland und dem Rhein-Neckar-Raum. Die Gründung weiterer Landes-/Regionalverbände ist geplant. Die Hamburger FDP sollte sich in diesen Prozess aktiv einbringen, um

- das gegenseitige Verständnis und die Kommunikation mit der LTD zu fördern und ggfs. auch abgestimmt initiativ tätig zu werden. Dies schließt Überlegungen zur Gründung eines

LTD-Landesverbands Hamburg ein;

- liberalen Ideen nahe stehende türkischstämmige Mitbürger in Hamburg als Partner zu gewinnen;

- türkisch-deutsche Verbindungen zu den "zivilgesellschaftlichen Inseln" in der Türkei, u.a. auch der "Liberal Demokrat Parti", zu begründen und damit einen Beitrag zur weiteren Demokratisierung der Türkei zu leisten.

Ansprechpartner:

Jörg Barandat, stv. Vorsitzender des FDP-Bezirksverbands Altona, eMail: joergbarandat@bundeswehr.org

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Neue Führungsspitze im FDP-Bezirksverband Altona

Von Lorenz Flemming und Gerhold Hinrichs-Henkensiefken

Ein volles Haus konnte der scheidende Bezirksvorsitzende Gerhold Hinrichs-Henkensiefken am 26. März im Ottenser "Jever-Krog" zum Bezirksparteitag begrüßen. Nach fünf Jahren an der Spitze der Altonaer FDP und erfolgreicher Aufbauarbeit für den Wiedereinzug in die Bürgerschaft und in die Bezirksversammlung sei nun der beste Zeitpunkt für einen Führungswechsel im Bezirksverband gekommen, betonte Hinrichs-Henkensiefken.

Nach Entgegennahme des Rechenschaftsberichts und Entlastung des bisherigen Vorstands wählte der Parteitag folgendes neues Führungsteam:

Lorenz Flemming (Vorsitzender, 59, Unternehmensberater), Jörg Barandat (stellv. Vorsitzender, 42, Soldat), Gerhold Hinrichs-Henkensiefken (Schatzmeister, 48, Abteilungsleiter in der BBS) sowie die Beisitzer Dr. Fritz Becker, Alexander Geisler, Erika Nolden, Gisela Suermann, Achim Weers, Oliver Groß (Juli-Vertreter) und Dr. Sibylle Busch (Europa-Beauftragte). Als Fraktionsvorsitzender gehört Martin Scharlach ebenfalls dem Bezirksvorstand an.



Lorenz Flemming

Auf dem Parteitag legten die Mitglieder mit großer Mehrheit ein klares Bekenntnis zu alternativen Wohnformen in Hamburg ab. In einem Antrag werden Landesvorstand und Bürgerchaftsfraktion der FDP aufgefordert, durch eine Änderung des Wohnungsgesetzes das Wohnen auch in Bauwagen dauerhaft zu ermöglichen. In der Debatte wurde deutlich, es sei nicht die Aufgabe des Staates, das Wohnen - auch nicht in Bauwagen - durch zusätzliche Regelungen einzuschränken.

Selbstverständlich müssten auch für die alternativen Wohnformen die Anforderungen an eine nicht gesundheitsschädliche Unterbringung erfüllt sein. Ebenso hätten sich die Bewohner an Gesetze und Verträge zu halten. Der Staat sei aber nicht verpflich-

tet, geeignete Flächen bereitzustellen. Wohnwagenbewohner müssten sich selbst um die passenden Flächen für ihre Wohnform kümmern, wie jeder andere Bürger auch.

Begrüßt wurde in einem Beschluss die durch den vorgesehenen Ausbau der A 7 auf Hamburger Stadtgebiet entstehende Chance, endlich die zerrissenen Ortsteile Bahrenfeld und Othmarschen durch einen Deckel wieder räumlich zusammenzuführen. Sehr zügig sei nunmehr diese große Chance für die Stadtentwicklung und für einen wirksamen Lärmschutz zu ergreifen. Es dürfe keinen Zweifel daran geben, dass der Deckel nur in einer nutzbaren Ausführung den wirklichen Gewinn für Hamburg bringe.

Gut entwickelte Flächen könnten so für Wohnungen und Gewerbeansiedlung nutzbar gemacht werden. Der Parteitag forderte den Landesvorstand und die Bürgerchaftsfraktion auf, sich für diese auch finanziell für Hamburg lohnende Lösung einzusetzen. Und den Planungsprozess zu beschleunigen.

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Spannender und informativer Frühschoppen der FDP Wandsbek

Pressemitteilung des Bezirkes Wandsbek

Auf wie erwartet großes Interesse stieß der politische Frühschoppen der FDP am 30.03.03. Das Thema war spannend gewählt – schließlich ging es um das vom Senat ehrgeizig ver-

folgte und von Anwohnern mit Vorbehalt betrachtete Projekt „Wachsende Stadt“. Als Referent eingeladen war Burkhard Müller-Sönksen, MdHB.

„Politik muss die Bürger an der Planung beteiligen“, machte der Fraktionschef der Hamburger Liberalen bereits zu Beginn seines Referats deutlich. Im Folgenden ging er auf Hintergründe und Motivationen des Projekts ein und gab einen Überblick über die Prinzipien, unter denen sich Hamburg zu einer Zwei-Millionen-Stadt entwickeln könne. Insbesondere müsse man der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung positive Impulse geben, um Hamburg von der am dünnsten besiedelten Großstadt in eine Metropole wie Kopenhagen, Barcelona oder Seattle zu entwickeln. Diese Entwicklung könne, so Müller-Sönksen weiter, nur gezielt und gesteuert im Sinne eines „smart growth“ erfolgen.



Die vier Zielsetzungen dieses intelligenten Wachstums seien die Erhöhung der Einwohnerzahl, die Förderung der Beschäftigung und des Wirtschaftswachstums, die bessere Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen sowie die Steigerung der internationalen Attraktivität Hamburgs.

Die anschließende lebhafteste Diskussion wurde sehr sachlich geführt und von dem ehemaligen FDP-

Bezirksvorsitzenden Udo Klien moderiert. Klargestellt wurde zunächst die Rolle der Bürgerinitiativen, die sich im Gebiet Wohldorf-Ohlstedt gebildet haben. Kritisiert wurde die Evokation durch den Senat, die es den Initiativen erschwert, auf die Planungen Einfluss zu nehmen. Der Vorsitzende der Initiative Wohldorfer Wald wurde von Herrn Dr. Müller-Sönksen eingeladen, seine Einwände Vertretern der FDP im Rathaus vorzustellen.

Themen der Diskussion waren vor die Frage, inwieweit sich Hamburg gegen den allgemeinen Trend des Bevölkerungsrückgangs stellen könne und ob tatsächlich dem Fiskus über dieses Projekt eine Verbesserung der Steuereinnahmen bedeutet. Diskutiert wurde auch, welche Personen zuziehen sollten und ob das Angebot der Wohnflächen tatsächlich den Bedürfnissen dieser Zielgruppe entspricht.

Der Wandsbeker FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Wieland Schinnenburg bezweifelte, dass es sinnvoll ist, in einem cityfernen gewachsenen Stadtteil in größerem Umfang Wohnungen zu bauen. Das Konzept der „Wachsenden Stadt“ kann nur mit den Bürgern und nicht gegen sie Erfolg haben. Außerdem verlangte er, dass im Rahmen des Konzeptes für Familien mit Kindern gesorgt werde.

„Ich bin froh, dass die Diskussion zu diesem für die Anwohner sehr emotionalen Thema so sachlich und konstruktiv verlief“, äußerte der FDP-Bezirksvorsitzende Dr. Thomas-Sönke Kluth nach der Veranstaltung. „Wir lagen offensichtlich genau richtig damit, dieses Thema als ersten Schwerpunkt unserer Arbeit im Bezirksvorstand zu wählen, und nach

den guten Argumenten, die ich in der Diskussion gehört habe, bin ich mir sicher, dass uns dieses Thema im regionalen wie im übergreifenden Kontext noch lange beschäftigen wird“

Ihr Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

FDP Hamburg-Nord gegen einen Denkmalschutz für den Hamburger Stadtpark

Pressemitteilung der FDP Hamburg-Nord

Gegen einen Denkmalschutz für das Ensemble des Hamburger Stadtparks haben sich die Freien Demokraten in Hamburg-Nord ausgesprochen. Dies werden Sie vielleicht den Hamburger Tageszeitungen Ende März 2003 entnommen haben. Angesichts der Bedeutung dieser Parkanlage – nicht nur für den Bezirk Hamburg-Nord, sondern für ganz Hamburg – möchten wir Ihnen dies heute einmal erläutern.

Eine seit vielen Jahren im Hintergrund laufende Prüfung hatte dazu geführt, dass sich Denkmalschutzamt der Kulturbehörde und Behörde für Umwelt und Gesundheit darauf verständigt haben, das gesamte Ensemble des Stadtparks dem Denkmalschutz zu unterstellen. Bereits im Januar 2003 waren zwei Vertreter der beiden genannten Behörden zum Vortrag in den Kerngebietsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord gekommen.

Interessanterweise mussten sie aber schon damals erfahren, dass seitens der SPD, der CDU und der FDP in Hamburg-Nord diese Überlegungen auf starken Widerstand trafen. Gerade

unsere bezirkliche FDP hatte bereits vor etwa vier Jahren die damals beginnenden Überlegungen bewertet und sich ablehnend geäußert.

Unsere Position lässt sich wie folgt zusammenfassen: Ein Denkmalschutz für den Hamburger Stadtpark als gesamtes Ensemble ist unserer Auffassung nach ungeeignet, die nicht nur für den Bezirk Hamburg-Nord, sondern für die ganze Stadt wichtige Grünanlage so entwickeln zu können, wie dies für sich in Jahrzehnten verändernde Ansprüche der Menschen benötigt wird.

Der Stadtpark ist eben keine zuvorderst repräsentative Parkanlage, die nur der Betrachtung gewidmet ist. Er ist als ein Volkspark angelegt, der durchaus gesellschaftlichen Entwicklungen in seiner fast einhundertjährigen Geschichte gefolgt ist. Zudem sind durch die beiden Weltkriege gegenüber den Planungen zu Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts Entwicklungen eingetreten, die heute auch nicht mehr rekonstruiert werden könnten. Man denke da nur an zer-

störte Bauten – wie etwa die Stadthalle.

Zwar ließe sich unserer Meinung nach im Einzelfall darüber reden, das eine oder andere Detail der Parkanlage – egal, ob Gartenbereich oder Bauwerk – unter Denkmalschutz zu stellen. Für das gesamte Ensemble der Parkanlage würde dies aber Entwicklungen verhindern, die notwendig sind. Mit viel Einsatz werden einzelne kleine und mittlere Bereiche des Stadtparks überarbeitet: Gerade in der letzten Zeit sind es neue Baumanpflanzungen oder sind es neu geplante Bereiche für das Spiel von Kindern. Dies stellt allesamt eine Entwicklung – und eben keine Konservierung – der Parkanlage dar.

Bei einer erneuten Beratungsrunde im Kerngebietsausschuss Ende März 2003 stimmten sowohl CDU, SPD, nunmehr auch die PRO und natürlich auch die FDP einem Antrag zu, mit dem die Überlegungen des Denkmalschutzamtes abgelehnt wurden. Lediglich die GAL sah in einer Unterschutzstellung des Stadtparks einen solchen „Imagegewinn“, dass sie sich für die Behördenüberlegungen aussprachen.

Klar ist, dass eine Unterschutzstellung des Ensembles nicht dazu führen würde, zusätzliche öffentliche Mittel für den Stadtpark zu erhalten. Klar ist auch, dass mit einer Unterschutzstellung die bezirklichen Einflussnahme auf diese Parkanlage weiter zurückginge.

In Gegenteil waren die bisherigen Argumente, die man sich als Gegner

einer Unterschutzstellung anhören musste, vergleichsweise lächerlich: Ohne Denkmalschutz könnte Stadtparkgelände als Bauland verkauft werden oder es würden beleuchtete Werbeaufstelltafeln in den Park kommen. Für mich der Gipfel war dabei die Auskunft, mit dem Denkmalschutz könnte man verhindern, dass die früher geplante Stadtbahn durch die Hindenburgstraße fahren könnte. (Da hatte das Denkmalschutzamt wohl noch nicht die diesbezüglichen Koalitionsvereinbarungen von CDU, PRO und FDP gelesen...)

Alles in allem bringt uns eine Unterschutzstellung des Stadtparks fast gar nichts. Sie gefährdet aber, dass sich dieser Park weiter entwickelt – als ein wirklicher Volkspark, der als Naherholungsfläche für mehrere Hunderttausend Hamburger attraktiv ist: nicht als historische Anlage, sondern als Ort des Abschaltens und der Nutzung durch unterschiedliche Freizeitaktivitäten.

Nur ergänzend sei bemerkt, dass beispielsweise auch eine zukunfts-trächtige Lösung für den Bereich des Freibades am Stadtparksee gefunden werden muss. Die kann nach Auffassung der FDP wohl erstens nur mit privatem Kapital erfolgen. Dafür wäre aber zweitens durchaus ein maßvoller Ausbau mit nicht vom Hamburger Wetter abhängigen Freizeitmöglichkeiten wie Fitness, Solarium, Sauna und ähnlichem notwendig.

Matthias A. Starke
FDP-Sprecher im Kerngebietsausschuss Hamburg-Nord

Robert Vogel feiert 40-jähriges FDP Jubiläum

Von Eva Parbs

Einer der bekanntesten und prominentesten FDP-Mitglieder in Hamburg ist unser Parteifreund **Robert Vogel**. Im Februar 2003 konnte er auf eine 40-jährige erfahrungsreiche politische FDP-Mitgliedschaft zurückblicken.

Im Namen des Landesvorstandes wurde eine kleine Delegation, die aus Reinhard Soltau und Eva Parbs bestand, damit beauftragt, **Robert Vogel** die herzlichsten Glückwünsche zu überbringen. Dabei wurden ihm eine Medaille und die Urkunde für 40 Jahre treue Mitgliedschaft sowie ein Blumengruß überreicht.

Als langjähriger Landesvorsitzender hat **Robert Vogel** in den achtziger und neunziger Jahren die Hamburger FDP stets sichtbar, hörbar und aktiv geprägt. Als unabhängiger und streitbarer Unternehmer und Liberaler hat

er seine politische Verantwortung immer zum Wohle und Wachstum der Stadt eingesetzt.

An Visionen und der Bereitschaft, liberale Politik in Hamburg durchzusetzen, hat es ihm nie gefehlt. In unserem gemeinsamen Gespräch konnten wir die Verantwortung spüren, die ihn auch heute noch umtreibt. Dabei ist er Hamburg und seiner FDP immer tief verbunden, er hofft, das brachte er in unserem Gespräch sehr klar zum Ausdruck, dass wir die Fülle der Veränderungen, die uns erwartet, auch meistern werden.

Wir wünschen **Robert Vogel** alles Gute und danken ihm für seine Verbundenheit und seine tatkräftige Unterstützung.

40. Parteijubiläum der Eheleute Bodeit

Von Hans-Günther Meißner

Der Kreisverband Billstedt/Horn hatte zum Empfang ins Hotel Panorama eingeladen und viele waren gekommen: Mitglieder des Kreisverbandes, des Bezirks- und Landesvorstandes, sowie viele alte Weggefährten, unter ihnen die Ex-Bürgermeister Prof. Dieter Bialas und Prof. Ingo von Münch, sowie Senator a. D. Gerhard M. Meyer und Bundestagsabgeordneter Rainer Funke.



v. l.: R. Soltau, H. Bodeit, W. Bodeit, B. Müller-Sönksen

Der Landesvorsitzende Reinhard Soltau dankte den Jubilaren für 40 Jahre Parteizugehörigkeit und Tatkraft im Einsatz für die liberalen Grundsätze und überreichte jedem die Ehrenurkunde und die Theodor-Heuß-Medaille. Er zählte die vielfältigen Aktivitäten von Wolfgang Bodeit auf Landesebene auf und vergaß auch nicht die Zeiten als stellvertretender Landesvorsitzender, als Landeswahlkampfleiter und als Vorsitzender des Bezirksverbands Mitte. „Wenn Du auch heute kein Amt im Landesvorstand mehr bekleidest, so brauchen wir doch immer noch Deinen Rat und Deine Mitwirkung“, erklärte er. Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft Burkhard Müller-Sönksen schloss sich an mit der Würdigung von Wolfgang Bodeit als Abgeordneter in der Bürgerschaft. Als Fraktionssprecher für Innen und Recht

habe er dabei nicht nur die Anerkennung seiner Parteifreunde bekommen.

Der Kreisvorsitzende Hans-Günther Meißner hob unter anderem hervor, dass beide Jubilare 40 Jahre in demselben Kreisverband tätig gewesen und ihm auch nach ihrem Wegzug aus dem Kreisgebiet treu geblieben sind. „Ich bin ja gar nicht aktiv gewesen“, versuchte Hannelore Bodeit zu widersprechen. Wenn aber jemand mit soviel Selbstverständlichkeit dem Partner den Rücken für seine politische Tätigkeit frei hält, so ist das doch eine erwähnenswerte Leistung!

Danach gab es fröhliche und anregende Gespräche in kleinen Gruppen, von denen viele begannen: „Weißt Du noch?“ Es war ein rundum gelungener Empfang, und so mancher schaute danach in seinen Mitgliedsausweis, wie lange er denn schon dabei sei...

Seminarankündigung

Hamburg freut sich auf die „nEUen“ !

Europa-Woche 2003 (25.04. - 04.05.03). In Hamburg werden sich die zehn neuen EU-Beitrittsländer vorstellen. Was ist das für ein Fest? Welche Herausforderung ist das für Europa ?

Referent: Prof. Dr. Wolfgang Deppert, Philosoph zum Thema „ Europas Werden und Sein“. Referent: Sebastian Dreyer, parlament. Assistent zum Thema „ Konzeption der Europawoche“. Dienstag, den 15. April 03, 19.00

Uhr Remter der Handwerkskammer, Holstenwall 12 Hamburg. Kontakt: Patricia Martinez Tonn Tel.: 040 43273636 Fax: 040 6370094

Die Stiftung wird auf dem Rathausmarkt am 28.04. u. 01.05.03 mit eigenem Info-Material u. zum Teil eigenem Stand vertreten sein.

Hafen - City Hamburg

Die neue Herausforderung - es entsteht ein neuer Stadtteil. Sie gehört zum Konzept der wachsenden Stadt.

Wie weit sind die Planungen und welche Ziele sollen wann erreicht sein?

Hierzu referieren und diskutieren ein Vertreter der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und Heinrich O. Patzer, Deputierter. Info-Material wird zur Verfügung gestellt. Dienstag, den 06. Mai 03, 19.00 Uhr Remter der Handwerkskammer, Holstenwall 12 Hamburg. Kontakt: Wolfgang Bodeit Tel.: 040 6314037 Fax: 040 6370094

Bebauungsplanverfahren in Hamburg

In Zusammenarbeit mit der VLK aus der Praxis für die Praxis. Sind die Mitwirkungsrechte der Bürger ausreichend oder haben sie nur eine Alibi-

Funktion ? Welche Veränderungen sind in der heutigen Zeit erforderlich ? Hierzu referieren und diskutieren ein Vertreter des Bauamtes Altona und Martin Scharlach, FDP-Fraktionsvorsitzender Bezirk Altona. Mittwoch, den 14. Mai 03, 19.00 Uhr Remter der Handwerkskammer, Holstenwall 12 Hamburg. Kontakt: Wolfgang Bodeit Tel. s.o.

Vorankündigungen

- Europa-Wochenendseminar (u.a. Europ. Verfassung) voraussichtlich 14./15. Juni 03

- Fünftägige Studienfahrt nach Berlin , „Hauptstadt und Bundesland Berlin“ (13.-17.10. oder 20.-24.10.03). Informationen und Einladungen folgen. Kontakt: Wolfgang Bodeit Tel. s.o

Aus der Bürgerschaft

Ein Dutzend Fortschritte durch das Kita-Gutschein-System

Von Wieland Schinnenburg

Am 5.3.2003 hat die Hamburgische Bürgerschaft den Gesetzentwurf zum Kita-Gutschein-System in erster Lesung beschlossen. In der Debatte hat der Fachsprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion die Fortschritte durch dieses System in zwölf Punkten zusammengefasst:

1. Es wird für eine gleichbleibende Qualität der Betreuung gesorgt. Mit den Trägern wurden detaillierte Quali-

tätsvereinbarungen getroffen. Kinder und Eltern können sich also darauf verlassen, dass für alle Kitas die gleichen Qualitätsanforderungen gelten.

2. Über 90 % der Ressourcen werden für Kinder von Berufstätigen vorgesehen. Das bedeutet, dass sich die Chancen von Berufstätigen, für ihr Kind einen Kita-Platz zu erhalten, deutlich erhöhen.

Davon profitieren zum einen die Eltern. Davon profitieren aber auch die

Kinder der Berufstätigen. Viele von ihnen werden nun erstmals einen Kita-Platz erhalten bzw. sie bekommen längere Betreuungszeiten. Sie erhalten also eine feste Bezugsgruppe statt womöglich täglich wechselnder Betreuung durch Verwandte oder Bekannte.

3. Erstmals werden gezielt Betreuungszeiten für Kinder vorgesehen, die besonderen Sprachförderbedarf haben. Diejenigen Kinder, die bei der Sprachstandsuntersuchung 18 Monate vor der Einschulung schlecht abschneiden, erhalten eine Garantie für eine mehr als vierstündige Betreuung. Dies hilft nicht nur den betroffenen Kindern sondern allen. Wir werden es so erreichen, dass es keine Grundschulklassen mehr geben wird, in denen mehr als die Hälfte der Kinder kein Deutsch spricht.

4. Eine Garantie auf besonders ausgedehnte Kita-Betreuungszeiten erhalten außerdem Kinder mit problematischem Elternhaus, z.B. wenn Drogen oder Gewalt im Spiel sind.

5. Die aufgewendeten Mittel werden deutlich effizienter genutzt. Weil keine leerstehenden, sondern nur noch besetzte Plätze finanziert werden, kommt es zu nicht unerheblichen Einsparungen. Die Einsparung beläuft sich nach vorsichtigen Schätzungen auf bis zu 10 Mio €. Dieses Geld kommt nicht etwa dem Finanzsenator zugute sondern bleibt im System.

6. Das Kita-Gutschein-System beruht auf dem modernen Grundsatz der Subjektförderung statt auf der überholten Objektförderung. Das bedeutet:

Kinder und Eltern müssen sich nicht mehr der vorhandenen Struktur anpassen, vielmehr erhalten sie eine Bewilligung entsprechend ihren Bedürfnissen. Nach kurzer Zeit werden sie durch ihre Nachfragemacht dafür sorgen, dass das den Bedürfnissen entsprechende Angebot entsteht.

7. Diese Nachfrageorientierung wird dafür sorgen, dass die Kitas räumlich dort angeboten werden, wo sie gebraucht werden. Dies kann eine noch so ausgeklügelte staatliche Planung nicht erreichen.

8. Das neue System kann flexibel auf Verschiebungen in der Altersstruktur der Wohnviertel reagieren. Nicht selten gibt es Wohnviertel, die aufgrund vieler junger Familien besonders viele Kinder im Kita-Alter haben. Nur wenige Jahre später sind die Kinder aus diesem Alter heraus. Dafür gibt es eine neue Häufung von Kindern in einem anderen Wohnviertel. Kein System kann die dann notwendige Verlagerung von Kita-Plätzen so präzise und so schnell herbeiführen wie das Kita-Gutschein-System.

9. Der vorliegende Gesetzentwurf ist das Ergebnis eines sehr kooperativen Verfahrens. Abgesehen von zahlreichen Gesprächen mit den Trägern wurde auch die Basis einbezogen. Im Juni 2002 haben die Regierungsfraktionen viele Hundert Kita-Mitarbeiter ins Rathaus eingeladen und angehört. Außerdem wurden wesentliche Regelungen des neuen Systems nicht vom Gesetzgeber festgelegt, sondern in Vereinbarungen mit den Trägern geregelt.

10. Es handelt sich um ein Gesetz mit Augenmaß. Es wurden mehrere Übergangsregelungen getroffen: Fortsetzung der Förderung bis Jahresende, vier Monate Fortbestehen der ausgedehnten Förderung von Berufstätigen bei Eintritt der Arbeitslosigkeit usw. Auf diese Weise werden persönliche Härten weitgehend vermieden.

11. Erstmals werden gezielte Regelungen für Tagesmütter und –väter getroffen. Diese wurden bisher vernachlässigt, obwohl es sich hierbei um eine besonders individuelle und flexible Betreuung handelt.

In einer besonderen Verordnung werden Vergütungen und rechtliche Rahmenbedingungen geregelt. Außerdem gibt es Anreize für die Tagesmütter und –väter, ihre Qualifikation weiter zu steigern.

12. Für viele Eltern sinken die Elternbeiträge, da mit Inkrafttreten des Gesetzes das Kindergeld nicht mehr als Einkommen gewertet wird. Durch diese Konstruktion werden die Elternbeiträge sozial gezielt abgesenkt: Am meisten profitieren davon diejenigen Eltern, die ca. 1.500 – 2.000 € im Monat verdienen, während bei hohen Einkommen überhaupt keine Entlastung eintritt.

Im Ergebnis ist festzuhalten: Hamburg gibt fast 300 Mio € für die Kindertagesbetreuung aus.

Das Kita-Gutschein-System wird dafür sorgen, dass dieses Geld optimal für die Kinder und Eltern in Hamburg eingesetzt wird.

Mit dem Kita-Gutschein-System ist Hamburg Vorreiter für einen Systemwechsel in ganz Deutschland.

Mit dem Kita-Gutschein-System reduziert die Bürgerkoalition den oft beklagten Reformstau in Deutschland: Ein altes, verkrustetes und ineffizientes System wird durch ein intelligentes und flexibles ersetzt.

Kinder und Eltern werden die Gewinner sein.

Dr. Wieland Schinnenburg MdHB,
Fachsprecher der FDP-
Bürgerschaftsfraktion für Kindertages-
betreuung

PS: Bezirks- und Kreisverbände, die Veranstaltungen zum Kita-Gutschein-System durchführen wollen, können sich gerne an mich wenden.

Ihre Meinung zu diesem Artikel: redaktion@d-k-t.com

Rudolf Langes Brief an alle Schulleitungen der Hamburger Schulen vom 28. März 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ereignisse am 24. März anlässlich der Demonstration für den Frieden nehme ich zum Anlass, auf die Rechte und Pflichten von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern hinzuweisen.

Angesichts der Ereignisse im Irak kann ich gut verstehen, dass unsere Schülerinnen und Schüler, wie wir alle, in Sorge um den Frieden in der Welt sind. Diese Fragen werden selbstverständlich auch im Unterricht als Teil der Bildung junger Staatsbürger behandelt. Die emotionale Betroffenheit der Schülerinnen und Schüler, die sich unter anderem in der spontanen Demonstration am letzten Montag geäußert hat, kann und soll auch im Schulunterricht angemessen aufgenommen und berücksichtigt werden.

Es ist unser aller Aufgabe, unsere Schülerinnen und Schüler über ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger so zu informieren, dass sie diese in angemessener Form wahrnehmen können. Eltern und Schulen haben die Fürsorgepflicht, die ihnen anvertrauten jungen Menschen vor Schaden zu bewahren, wo immer dies möglich ist.

Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder keinen Gefahren ausgesetzt werden. Hier haben die Schulen, unsere Lehrerinnen und Lehrer einen sehr eindeutigen Auftrag zur Fürsorge. Davon gibt es auch

keine Ausnahme. Dabei gilt es zu verdeutlichen, dass die Schulpflicht als Grundlage dieses Auftrages nicht zur Disposition gestellt wird. Auch der verständliche Wunsch, seine Meinung in einer Demonstration äußern zu wollen, hebt die Schulpflicht und die Verantwortung der Lehr-Kräfte nicht auf. Problematisch wird es, wenn Schülerinnen und Schüler entgegen den Weisungen der Schulen das Schulgelände verlassen, sich also unerlaubt vom Unterricht entfernen, wie es am 24. März zum Teil geschehen ist. Dann nämlich sind die Schüler selbst verantwortlich, beziehungsweise ihre Erziehungsberechtigten.

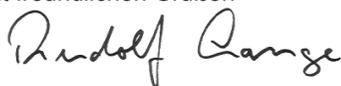
Ich appelliere also sehr eindringlich an die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und an unsere Schülerinnen und Schüler, sich der Rechte und Pflichten und der Konsequenzen von Pflichtverletzungen bewusst zu werden. Dazu zählt die Kenntnis der Rechtslage im Hinblick auf die Teilnahme an Demonstrationen. Entsprechende Hinweise gehen Ihnen zu. Eine unterrichtliche Behandlung des Demonstrationsrechtes und der dabei zu beachtenden Regeln halte ich für geboten.

In diesem Zusammenhang sei auf die Selbstverständlichkeit hingewiesen, dass das Recht der Versammlungsfreiheit in keinem Fall und bei keinem Thema das Recht auf Gewalthandlungen einschließt. Die Begleitung von

Demonstrationen durch die Polizei sind gerade zum Schutz derer, die ohne Gewalt demonstrieren wollen, unverzichtbar. An die Schulen appelliere ich, Fachleute der Polizei in die unterrichtliche Behandlung der Gesamtproblematik einzubeziehen. Den Kontakt sollten sie über ihren "Cop4U" herstellen.

Staatsbürgerlichen Rechten stehen staatsbürgerliche Pflichten gegenüber. Dies muss all denen, die in Erziehung und Bildung verantwortlich für Kinder und Jugendliche Sorge tragen, ständig gegenwärtig sein.

Mit freundlichen Grüßen



Leserbriefe

Wann, lieber Leser, wann warst Du zuletzt in den Walddörfern, bist durch die offene Kultur- und Naturlandschaft gewandert oder geradelt, hast Dich in originellen Lokalen gestärkt oder Sommer bunten Gartenwirtschaften erfrischt?

Nun spute Dich nur, lieber Naturfreund, willst Du Duvenstedt und Volksdorf, Lemsahl-Mellingstedt, Bergstedt und Wohldorf-Ohlstedt noch einmal in ihrer teils herben, teils lieblichen Pracht genießen.

Denn die Landschaftszerstörer sind wieder auf den Plan getreten. Was die Sozialdemokraten nicht ganz geschafft haben, will der bürgerliche Senat nun vollenden: die endgültige Zerstückelung des einstigen Gesamtkunstwerks WALDDÖRFER.

Unter Berufung auf ein mit heißer Nadel gestricktes „Konzept für eine wachsende Stadt“ will ausgerechnet die CDU, die selbst ernannte Hüterin der Walddörfer, - in Gesellschaft von PRO und FDP – weite Flächen dieses Naherholungsgebietes der Besiedlung opfern. Hier sollen

demnächst die jungen KREATIVEN wohnen, die bei Verwirklichung des fragwürdigen Konzepts nach Hamburg strömen und hochwertigen Wohnraum am Stadtrand benötigen sollen.

Von den 10 Projekten der sog. 1. Tranche liegen allein drei in den Walddörfern. Kurzerhand hat man Bebauungspläne ausgegraben, an denen sich schon die Sozialdemokraten vor 20 bzw. 12 Jahren die Zähne ausgebissen haben. Von gewissenhafter Planung keine Spur! Und gemäß der erst neulich bekannt gewordenen 2. Tranche soll es lustig so weiter gehen. Die teure Stelle des Oberbaudirektors kann man sich angesichts solcher Hau-Ruck-Projekte auch sparen!

Ebenso kann von der im Konzept geforderten, ja als dringend notwendig erachteten Bürgerbeteiligung schon gar keine Rede sein. Kaum, dass die frechen Walddörfler ihr Recht auf Bürgerbegehren mit mehr als 30.000 Unterschriften vehement eingefordert hatten, da schwang der Senat auch schon die Evokationskeule.

Wut und Enttäuschung sind gewaltig zwischen Wittmoor und Teichwiesen, Hainesch und Duvenstedter Brook. Jedenfalls nicht für ihre Stadtwucherprojekte hat die Regierungskoalition die Mehrheit in den Walddörfern erhalten. Damit ist sie erst nach der Wahl aufgetaucht. Insbesondere Bürgermeister von Beust, ein Wohldorfer Kind, gilt als Verräter, wollte er doch vor der Wahl noch die Walddörfer schützen.

Der Denkkzettel für die CDU wird schmerzhaft sein, die GAL als bislang einzige glaubwürdige Verteidigerin des Juwels im Nordosten Mehrheiten erringen. Die Freien Demokraten, welche die Walddörfer Jahrzehntlang als eine ihrer Hochburgen mit Fug und Recht betrachteten durften, werden hier kein Bein mehr auf den Boden bekommen, wenn sie sich nicht mit aller Kraft gegen die Entstellung dieses ländlich geprägten Kleinods zur Wehr setzen.

Die CDU mag ein paar tausend Stimmen weniger verkraften, die FDP nicht

mal ein paar hundert, wenn sie denn wieder ins Parlament einziehen will.

Auf dem Altar des Schnellschusses-Konzept der wachsenden Stadt, inzwischen treffend gekennzeichnet als Konzept für eine wuchernde Stadt, darf unser einzigartiges Naherholungsgebiet nicht geopfert werden! Unsere Abgeordneten sind aufgerufen, dem Druck der Baulobby, insbesondere der Landschaft fressenden Wohnungsbaugenossenschaften, zu widerstehen und ihre zufällige Regierungsbeteiligung nicht dazu zu missbrauchen, sich an unheilbaren Bausünden zu beteiligen!

Sie tragen die Verantwortung für die Bewahrung des Bildes unserer gewachsenen Stadt, in den Walddörfern und anderswo. Oder würden sie einer Bebauung der dem Klövensteen benachbarten Sülldorfer und Rissener Feldmark zustimmen?

Von Peter Hertzfel, Volksdorfe Grenzweg 49a, 22359 Hamburg-Bergstedt; Schatzmeister Kreis 12 und Schatzmeister Bezirk Wandsbek.

Umgezogen?

Liebe Mitglieder,

bitte informieren Sie die Landesgeschäftsstelle, wenn Sie umziehen oder sich bei Ihnen die Telefonnummer, die Fax-Nummer, die email-Adresse oder andere Angaben geändert haben. Sie vermeiden damit, dass Sie Einladungen und die "Große Freiheit" nur mit Verzögerung erhalten oder falls es die Post nicht weitermeldet, die Sendungen mit dem Vermerk "unbekannt verzogen" nicht zustellbar sind.

Die Landesfachausschüsse

LFA 1

Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik

Liebe Mitglieder und liebe Interessierte,

der April und Mai stehen mit der Europa-Woche auf dem Rathausmarkt und der einführenden Veranstaltung der Dr. Kiep-Altenloh-Stiftung am 15.04. um 19 Uhr im Remter (siehe getrennte Einladung) ganz im Zeichen Europas. Vom 25.04. bis zum 04.05. täglich von 11 bis 19 Uhr ist die FDP auf dem Rathausmarkt präsent. Kommen Sie vorbei und haben Sie Teil an "Hamburg freut sich auf die nEUen!". Am Sonntag, dem 04.05. organisiert Prof. Deppert eine Kanusternfahrt. Alle Kanuter sind eingeladen, sich ab 16 Uhr auf der Binnenalster zu sammeln. Ausgerüstet mit Europa- und FDP-Fähnchen ist um 17 Uhr an der Ufertreppe vor der Alsterschleuse beim Rathausmarkt anlanden angesagt. Anmeldungen und Infos bei Prof. Deppert unter Tel. 040 2277602.

Weiterhin möchte ich Sie herzlich zu den Treffen des LFA 1 in der

Landesgeschäftsstelle der FDP, Ost-West-Str. 63 einladen:

Am 27.05., 19 Uhr begrüßen wir Rainer Funke, MdB, der von seinen Erfahrungen als Präsident der Menschenrechtskommission des deutschen Bundestags referieren wird. Es wird sich auch Gelegenheit geben, die Entscheidungen und Ereignisse des Bundesparteitags in Bremen zu besprechen und zu kommentieren.

Am 12.06., um 19 Uhr wollen wir nach den Vorgaben des neukonstituierten Landesvorstands einen neuen Vorstand des Landesfachausschusses und die Vertreter für den Bundesfachausschuss wählen.

Thema werden auch aktuelle europäische und außenpolitische Entwicklungen sein.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Patricia Martínez Tonn
Vorsitzende des LFA 1 der FDP in
Hamburg
Tel. 040 43 27 36 36

LFA 2

Innen-, Rechts- und Medienpolitik

Ansprechpartner: Michael Guhr, Telefon 721 19 14, Fax 721 16 13, email herr-guhr@aol.com.

LFA 3

Wirtschafts-, Finanz-, Hafen-, Agrar- und Arbeitsmarktpolitik

Ansprechpartner: W. Rahlfs, Tel. 0 40 / 81 49 75 oder H. Patzer, Tel./Fax: 0 40 / 58 66 17

LFA 4

Bildung

Ansprechpartner: Matthias Still, Tel: 240468 oder 0178-4918550

LFA 5

Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen, Umwelt und Verkehrsentwicklung (StUve)

Ansprechpartner: Dr. Frank

LFA 6

Soziales, Familie, Jugend, Sport, Senioren

Unsere nächste Sitzung findet statt am **Mittwoch, 9. April 2003 um 19.30 Uhr** in der Landesgeschäftsstelle, Themen u.a.: 1. Bericht aus dem Bundesfachausschuss, 2. Sozialpolitik und Globalisierung. Die darauf folgende Sitzung findet statt am **Mittwoch, 14. Mai 2003 um 19.30 Uhr** in der

Landesgeschäftsstelle. Es werden dann die Neuwahlen zum Vorstand vorgenommen. Ich bitte um zahlreiches Erscheinen.

Ansprechpartner: H.-G. Meißner,
Tel./Fax: (0 40) 7 32 95 75

LFA 7

Gesundheit

Einladung:

Sitzung des Landesfachausschusses für Gesundheit, am Donnerstag, den 08. Mai 2003 um 18:30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle. Thema:

„Zahngesundheit in Deutschland – Prävention und Probleme in Hamburg“.

Ansprechpartnerin: Frau Dr. B. Mahn, Tel 870 21 35, Fax: 870 07 227

Landesfrauengruppe

Einladung:

Hiermit lade ich zum Treffen der weiblichen Delegierten zum nächsten Landesparteitag am 16.04. ab 19:30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle ein. Einziger Tagesordnungspunkt ist der Landesparteitag, insbesondere anstehende Personalentscheidungen.

Hiermit lade ich zur nächsten Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen ein, und zwar am 08.05.03 um 19:00 in der Landesgeschäftsstelle mit folgender Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung und Protokoll
TOP 2 Nachwahlen zu den Rechnungsprüfern
TOP 3 Entlastung des Vorstandes
TOP 4 Nachlese LPT und Vorlese BPT

Mit liberalen Grüßen. Stephanie Luscher, Vorsitzende Landesfrauengruppe

Ansprechpartnerin: Stephanie Luscher, Tel.: (040) 55 77 39 59, Fax: (040) 51 31 90 97, Mobil: (0171) 978 26 26, Stephanie.Luscher@shell.com

Termine in den Gliederungen

Bezirksverband ALTONA



Der Bezirksvorstand, die Kreisvorsitzenden und die Delegierten der Kreise 7, 17, 20 und 21 treffen sich am Mittwoch, 23. April 2003 um 19.30 im Jever-Krog, Große Brunnenstraße 18 zu einer gemeinsamen Vorbereitungs-sitzung für den Landesparteitags. Im ersten Teil des Abends können sich Kandidatinnen und Kandidaten für den

Landesvorstand aus allen Bezirken vorstellen. Bitte beim Bezirksvorsitzenden Lorenz Flemming per Mail oder telefonisch melden.

Kontakt: Bezirksvorsitzender Lorenz Flemming, Tel. (040) 880 01 64, eMail: LFlemming@t-online.de

Kreis 7: Altona-Altstadt, Altona-Nord

Kontakt: Kreisvorsitzender Lorenz Flemming

Tel. (040) 880 01 64
eMail: LFlemming@t-online.de

Kreis 20: Ortsamt Blankenese

Am Montag, 14. April 2003, laden die Blankeneser Liberalen zu einem öffentlichen Informations- und Diskussionsabend zum KiTa-Gutscheinsystem in das Clubhaus des SV Lurup, Flurstraße 7, ein. Referent des Abends ist der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Wieland Schinnenburg. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr.

Die Blankeneser FDP setzt ihre Reihe "Die blaue Stunde" fort. Ohne feste Tagesordnung sollen aktuelle Probleme

in geselliger Runde an jedem ersten Donnerstag um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Schlag" diskutiert werden. Da der 1. Mai in diesem Jahr auf einen Donnerstag fällt, findet die nächste "Blaue Stunde" eine Woche später, also am 08. Mai 2003 statt. Weitere Termine:

Donnerstag, 05. Juni und Donnerstag, 06. Juli.

Kontakt: Kreisvorsitzende Christiane Grunenberg, Tel. (040) 80 27 84, eMail: grunenberg@aol.com

Bezirksverband BERGEDORF



Carsten Byernetzki neuer Bezirksvorsitzender

Am 25. Februar bin ich als neuer Vorsitzender der FDP im Bezirk Bergedorf gewählt worden. Kurz zu meiner Person: Ich bin 42 Jahre alt, geboren in Hamburg, verheiratet, 1 Sohn (10 Jahre), Inhaber eines Verlages und einer Druckerei in Curslack, Parteimitglied seit September 2001. Letztes Jahr organisierte ich den Bundestagswahlkampf im BV Bergedorf.

Ehrenamtlich bin ich noch tätig im Verbandsschiedsrichterausschuß des



Hamburger Fußball-Verbandes. Als aktiver Schiedsrichter piff ich bis zur 2. Bundesliga und war über 12 Jahre in der 1. Bundesliga Schiedsrichter-Assistent. In

dieser Funktion war ich auch beim

DFB-Pokalendspiel 1998 im Berliner Olympiastadion tätig.

Ich möchte mich und meine Ziele mit den Bergedorfer Liberalen kurz mit einem Ausschnitt aus einem Artikel in der BZ vorstellen.

Die Bergedorfer Zeitung schrieb am 27.2.03: **FDP mit neuer Spitze - Byernetzki will Fairplay im Kommunalen**

Erst 2001 in die FDP eingetreten, wurde Carsten Byernetzki jetzt mit überwältigendem Votum von Bergedorfs Liberalen zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Der Verleger und langjährige Fußball-Schiri setzt auf Fairplay in der Politik: „Lieber auf ehrlichem Weg acht Prozent erringen als mit schmutzigem Geld 18.“ Der 42-Jährige will sich ausschließlich der Kommunalpolitik widmen: „Bei den nächsten Wahlen soll die FDP den Wiedereinzug in die Bezirksversammlung schaffen.“ Nach unruhigen Jahren will der ohne Gegenstimme zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählte Carsten Byernetzki sich darauf konzentrieren, der Partei klares kommunalpolitisches Profil zu geben. „Politik kann glaubhaft nur von unten nach oben funktionieren“, so das Credo des Verlegers.



v. lks.: Carsten Byernetzki, Roelf Janssen, Mario Wessolowski, Jürgen Cordshagen, Kurt Hansen, Catherina Guhr, Michael Bornemann und Emilio Ender

Byernetzki zur Seite stehen alte Hasen wie Schatzmeister Roelf Janssen und der ebenfalls wiedergewählte Michael Bornemann, aber auch neue Beisitzer wie Jürgen Cordshagen und Emilio Ender. Für die Julis zog Mario Wessolowski in den Vorstand. Neue Europabeauftragte ist Catherina Guhr. Als Vize fungiert Byernetzkis Vorgänger Kurt Hansen. Der langjährige Bezirksabgeordnete, Bezirks- und Landesvorsitzende verfügt über reiche Erfahrungen und nicht minder große Streitlust.

Byernetzki will alten Forderungen Geltung verschaffen, macht Front gegen CDU-Pläne einer Rathausweiterung an der Wentorfer Straße und die Überplanung von Grün. Bevor für Wohnen und Gewerbe im Landgebiet weitere Flächen versiegelt werden, sollten die Brachflächen in Bergedorf und die Nachverdichtung im Stadtgebiet ins Kalkül gezogen werden.

Vor allem müssten die Bezirke mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, um Politik im Sinne ihrer

Bürger zu machen: „Eine Bezirksversammlung ohne jede Entscheidungskompetenz verkommt zum Witzparlament.“

Wenn Sie Interesse an unserer Politik haben oder Fragen an mich, stehe ich gerne zur Verfügung. Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.fdp-bergedorf.de

www.fdp-bergedorf im neuen Outfit:

Ein neues Gesicht hat die Internetseite der FDP-Bergedorf. Unser Mitglied Michael Weippert hat sich der Internetseiten angenommen und tolle neue Seiten gezaubert. Reinschauen lohnt sich auf jeden Fall. Neu sind das Gästebuch, die Möglichkeit in den e-mail-Verteiler aufgenommen zu werden sowie ein interner Mitgliederbereich.

PAG mit neuem Mitglied

Bis zum Einzug der FDP in die Bergedorfer Bezirksversammlung, übernimmt unsere PAG (Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft) die Aufgabe, die Bezirksversammlung und die Ausschüsse sinnvoll zu begleiten, kritisch zu betrachten und eigene Vorschläge zu entwickeln. Neben den bisherigen Mitgliedern Kurt Hansen, Carsten Byernetzki und Mario Wessolowski beschloss der Bezirksvorstand am 20.3.03 als weiteres Mitglied Herrn Kurt Matthiensen zu benennen.

Termine des FDP-BV Bergedorf im Überblick

Sbd., 12.4.03, 10-13 Uhr, **JuLi-Tag am Infostand** im Sachsen- tor vor Kaffee Timm (Juli-Tag!), die Bergedorfer JuLis präsentieren sich, verantwortlich: Mario Wessolowski (m.wessolowski@fdp-bergedorf.de)

Mittwoch, 16.4.03, 19.30 Uhr, Restaurant Spectrum, Bezirksvorstandssitzung, parteiöffentlich; Gast Michael Guhr zum Thema Wahlrecht, Gast: Leif Schrader (innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion HH) zu den Themen Bambule und Demonstrationen, weiteres Thema: Vorbereitung des Landesparteitages, verantwortlich: Carsten Byernetzki (c.byernetzki@fdp-bergedorf.de)

Die., 23.4.03, 19.00 Uhr, KulturForum am Serrahn, Serrahnstraße 1 (direkt am Bergedorfer Hafen) Öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Die marktbeherrschende Stellung des LBK - verändern?!“ Es diskutieren Dr. W. Schinnenburg (Mitglied der Bürgerschaft, FDP), Dr. Allmeling (Arzt in Bergedorf), Herr W. Koch (Geschäftsführer des Marienkrankenhauses) und Herr W. Rose (Hamburger Bezirkschef der Gewerkschaft Verdi) - Moderation Kurt Hansen (stellv. Bezirksvorsitzender FDP Bergedorf, kurt.hansen@fdp.de)

Sbd., 3.5.03, 10-13 Uhr, **Bergedorfer Europatag** am Infostand im Sachsen- tor vor Kaffee Timm, verantwortlich: Catherina Guhr (c.guhr@fdp-bergedorf.de)

Do., 15.5., 19.00 Uhr, Restaurant Spectrum, Lohbrügger Markt 5, Öffentliche Veranstaltung zum Thema Personalvertretungsgesetz, Referent: Burkhard Müller-Sönksen (Fraktionsvorsitzender der Hamburger FDP); verantwortlich: Carsten Byernetzki (c.byernetzki@fdp-bergedorf.de)

Do., 22.5., 19.30 Uhr, Restaurant Spectrum, Lohbrügger Markt, Bezirksvorstandssitzung, parteiöffentlich; verantwortlich: Carsten Byernetzki (c.byernetzki@fdp-bergedorf.de)

Fr., 13.6., 19.30 Uhr, Restaurant Spectrum, Lohbrügger Markt, Bezirksvorstandssitzung, parteiöffentlich verantwortlich: Carsten Byernetzki (c.byernetzki@fdp-bergedorf.de)

Kontakt: Carsten Byernetzki (Bezirksvorsitzender); Büro: Curslacke Heerweg 2, 21039 Hamburg, Tel. 723 77 212; e-mail: c.byernetzki@fdp-bergedorf.de

Kreis 26: Lohbrügge

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 6.Mai 2003 um 19.30 Uhr im Lokal "Spectrum", Lohbrügger Markt

Tagesordnung:

- 1.Aktuelles
- 2.Berichte
- 3.Kurzreferat: Stehen wir vor einer neuen Weltordnung ? -Die neue Si-

cherheitsstrategie der Bush-Regierung.
4.Presseaktivitäten
5.Verschiedenes

Mit liberalen Grüßen

Michael Bornemann
Lohbrügger Landstr.21
21031 Hamburg
Tel.: 040 / 724 01 70
eMail: MichaelBornemann@web.de
Fax Web.de : 01212 5 168 26 806

Bezirksverband EIMSBÜTTEL

Termin

Am 23. April 2003 findet eine Sitzung des neu gewählten Bezirksvorstandes

statt und zwar um 19.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle.

Kreis 1: Havestehude, Rotherbaum, Eimsbüttel, Hoheluft-West

Liebe Kreismitglieder und Gäste!

Die nächste **Kreisversammlung** findet am **15. Mai um 19.30 Uhr** im "Mondial" im Völkerkundemuseum Rothenbaumchaussee, statt.

Wir werden die Ergebnisse des Landesparteitags und der Wahlen zum Landesvorstand besprechen.

Folgende Themen, die unseren Kreis betreffen, werden wir diskutieren und uns über mögliche Aktivitäten Gedanken machen:

- Situation am Rothenbaum: Pläne des DTB (German Open), Subventionen des Senats für den DTB und ein nachbarschaftsverträgliches Nutzungskonzept
- Grünflächen in Eimsbüttel: Baumfällungen, vorgesehene Kürzungen in der Grünflächenpflege
- Diakonieklinikum
- Öffnung der Hallerstraße zwischen

Rothenbaumchaussee und Mittelweg (derzeitige Überlastung HansasträÙe und Turmweg)

- Unbefriedigender StraÙenzustand im Kreis: Lösungsmöglichkeiten?
- Spielplätze

Zudem wollen wir die nächste öffentliche Veranstaltung des Kreisverbandes vorbereiten:

Am **20. Mai um 19.30 Uhr** laden wir ein zu einem Gespräch mit **Senator Rudolf Lange**, bei dem er über das neue **Kita-Gutschein-System** informieren und sich den Fragen der Öffentlichkeit stellen wird.

Es grüÙt Sie

Ihre
Dr. Luzie K. Braun
Kreisvorsitzende
Tel.: 4803121
Mobil: 0163-6451771
eMail: luzie.braun@t-online.de

Kreis 02: Stellingen, Eidelstedt

Nach Abschluß der Organisationswahlen auf Kreis- und Bezirksebene hier die Übersicht der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger des Kreisverbandes 02, Stellingen-Eidelstedt.

Kreisvorsitzender : Albert Hinrichs
Stellvertretende Kreisvorsitzende:
Martina Kaesbach
Kreisschatzmeisterin: Elke Renate Eggers
Beisitzer: Günther Kluth
Beisitzerin: Dr. Almut Neumann
Landesparteitagsdelegierte: Martina Kaesbach, Dr. Almut Neumann, Christian Sommer
Ersatzdelegierte: Valentin J. Dunz, Albert Hinrichs, Elke Renate Eggers
Kreis-Europabeauftragter: Valentin J. Dunz
Revisoren: Valentin J. Dunz, Jürgen Jungnickel

Frau Kaesbach und Frau Dr. Neumann sind außerdem Beisitzerinnen im Bezirksvorstand.

Einladung zur nächsten Kreissitzung
Montag 07. April 2003, 19:30 Uhr im „El Greco“, Kieler Straße 428. Gäste sind herzlich eingeladen.

Geplante Themen:

1. Aktuelles
2. Berichte aus den Gremien
3. „Europapolitik“ mit Herrn Ekkehard Rumpf (MdHB) als Gastreferent
4. Verschiedenes

Terminvorschau:

Zu Montag 12. Mai 2003 wird eine Einladung mit Angabe von Ort und Zeit erfolgen.

Montag 16. Juni 2003, 19:30 Uhr im „El Greco“

Geplante Themen:

1. Aktuelles
2. Berichte aus den Gremien
3. Planung der Veranstaltungen nach der Sommerpause
4. Verschiedenes

Kontakt:

Kreisvorsitzender: Albert Hinrichs, Tel. 040/ 49 74 08, eMail: hinrichs@fdp-stellingen-eidelstedt.de

Stellv.- Kreisvorsitzende: Martina Kaesbach, Tel. 040/ 54 76 69 06, eMail: kaesbach@fdp-stellingen-eidelstedt.de

Im Internet vertreten unter:

www.fdp-stellingen-eidelstedt.de

Der Bezirksvorstand Eimsbüttel setzt sich nach den Neuwahlen am 25. März 2003 nun wie folgt zusammen:

Bezirksvorsitzender: Herr Funke (KV 23)

Stellvertretender Bezirksvorsitzender: Herr von Hundelshausen (KV 01)

Bezirksschatzmeister: Herr Hirschfeld (KV 01)

Beisitzerin: Frau Bamberger-Stemmann (KV 23), Frau Kaesbach (KV 02), Frau Dr. Neumann (KV 02)

Beisitzer: Herr Hengst (KV 01), Herr Moring (KV 01)

Beisitzer der Jungen Liberalen: Herr Jauch (KV 01)

Europabeauftragter: Herr Behnke (KV 23)

Rechnungsprüferin: Frau Krüger (KV 23)

Rechnungsprüfer: Herr Dohm (KV 23)

Ein Hinweis der Redaktion:

Bitte beachten Sie, dass Sie uns Ihre Beiträge für die „Große Freiheit“ unformatiert zusenden. Wir erhalten Texte, welche farbig gestaltet, unterstrichen, mit Briefkopf versehen, im 1,5fachen Zeilenabstand etc. verfasst sind. Es nimmt sehr viel Zeit in Anspruch, formatierte Texte in das passende Format zu formatieren.

Am besten, Sie senden uns eine Text - (und keine HTML-)Email. Diese können am schnellsten verarbeitet werden.

Ihre Redaktion

Kreis 23: Niendorf, Lokstedt, Schnelsen

Kreis 23 hat gewählt

Auf der Kreismitgliederversammlung am 24. Februar 2003 hat der Kreis 23 einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde Klaus Krüger (56) aus Schnelsen, Geschäftsführer und Inhaber einer Baufirma. Zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden würde Dr. Sabine Bamberger-Stemmann (39) aus Niendorf, Historikerin, gewählt. Die Kassenführung liegt weiterhin in den

Händen von Karl-Wilhelm Koch aus Schnelsen. Zu Beisitzern wurden gewählt: Jan Tobias Behnke, Herr Dohm, Frau Krüger, als Europabeauftragter Jan Tobias Behnke Dem langjährigen Kreisvorsitzenden Rainer Funke MdB, der sich intensiver auf die Arbeit im Bezirk konzentrieren will und daher nicht wieder kandidierte, sprachen die Mitglieder ihren herzlichen Dank für seine Arbeit aus.

Bezirksverband HARBURG



Bezirksparteitage:

- Donnerstag, 24.04.03 – ab 19:30 h - Gasthaus „Jägerhof“, Ehestorfer Heuweg 14, HH-Hausbruch
- Donnerstag, 22.05.03 – ab 19:30 h – Hornbacher am Hafen, Schlossstraße
- Donnerstag, 26.06.03 – ab 19:30 h – Restaurant Sohre in Wilhelmsburg

Die PAG trifft sich jeweils um 19:00 h an den o.g. Terminen. Alle sind hierzu herzlich eingeladen.

Infotische:

Infostand am Samstag, 3.5.03, 10 – 12 h → Lüneburger Tor

Bezirksverband HAMBURG-NORD



Kreis 13: Fuhlsbüttel, Langenhorn, Ohlsdorf, Klein Borstel

Liebe Parteifreunde, der Bezirksverband Hamburg-Nord lädt Sie herzlich zum "Liberalen Stammtisch" ein, am Mittwoch, den 16. April 2003, um 19.30 Uhr, im Lokal "Schweinske", Sierichstrasse 122 (Ecke Elebeken) in

Hamburg-Winterhude.

Bei Fragen erreichen Sie Matthias Starke telefonisch unter 0 40/55 77 95 48 oder per E-Mail unter matthias.starke@fdp-hamburg-nord.de.

Kreis 14: Winterhude, Alsterdorf

Die nächste Kreisversammlung wird sich mit der Hamburger Kulturpolitik beschäftigen und deshalb auf dem Gelände von „KAMPNAGEL“ stattfinden. Dazu laden wir alle Kreismitglieder recht herzlich ein, und zwar: Mittwoch, 21. Mai 2003, 18.00 h, „KAMPNAGEL“, Treffpunkt Foyer, 22303 Hamburg, Jarrestr. 20.

Frau **Andrea Tietze** von der Geschäftsleitung wird uns während einer Führung durch die Räumlichkeiten über den laufenden Spielbetrieb auf „KAMPNAGEL“ informieren.

Im Anschluss daran haben wir Gelegenheit, im Restaurant zu essen/trinken und uns über die Kulturpolitik in Hamburg auszutauschen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie von dieser Gelegenheit, KAMPNAGEL näher kennen zu lernen, regen Gebrauch machen. Gäste und Freunde sind – wie immer – willkommen.

Damit wir wissen, wer Interesse an dieser Führung hat, bitte ich um eine kurze Rückmeldung per Telefon, Fax oder email.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Eva Parbs

Kreisvorsitzende

Tel.: 040-227 82 31

Fax : 040-229 00 21

mevap@t-online.de

Kreis 16: Barmbek, Uhlenhorst

Ansprechpartner für die Veranstaltungen ist der Kreisvorsitzende Claus-

Joachim Dickow (Tel.: 040 / 696 11 25, eMail: clajod@aol.com)

Bezirksverband

WANDSBEK

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Mitglieder,

die Wandsbeker Liberalen haben die innerparteilichen Organisationswahlen auf dem Bezirksparteitag vom 5. März 2003 mit der Neuwahl des Bezirksvorstandes abgeschlossen. Dem neugewählten Bezirksvorstand gehören Dr. Thomas-Sönke Kluth (42 Jahre, Rechtsanwalt) als Vorsitzender, Torsten Fährmann (35 Jahre, wissenschaftlicher Mitarbeiter) als stellvertretender Vorsitzender, Peter R. Hertz (53 Jahre, Taxifahrer) als Schatzmeister sowie Sylvia Canel (44 Jahre, Lehrerin), Volkmars Lecke (25 Jahre, IT-Berater), Bettina Schilski (40 Jahre, Maschinentechnikerin), Jörg-Uwe Schwenk (35 Jahre, EDV-Consultant) sowie Stefan Jansen (35 Jahre, Personalfachkaufmann) als Beisitzer an. Die Jungen Liberalen vertritt Marvin Kuhn (17 Jahre, Schüler) und als Europabeauftragter wurde Joachim Falke (66 Jahre) bestätigt.

Mein besonderer Dank gilt dem ehemaligen Vorsitzenden, Herrn Udo Klien, sowie den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern, die den Bezirk in den vergangenen Jahren durch zwei schwierige Wahlkämpfe geführt haben. Die vor uns liegenden zwei

Jahren sind mit Ausnahme der Europa-Wahl wahlkampffrei. Wir wollen diese Zeit nutzen, die Kreise und den Bezirk so zu stärken, dass wir 2005 den Einzug in die Bezirksversammlung bewerkstelligen und unseren Wandsbeker Bürgerschafts-Abgeordneten Dr. Schinnenburg mit einem guten Bezirks-Ergebnis unterstützen. Dazu wollen wir neue Mitglieder gewinnen, die Veranstaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit intensivieren sowie verstärkt auch bezirkliche Multiplikatoren außerhalb der Partei ansprechen und erreichen.

Die ersten Maßnahmen sind dazu am 27. März 2003 auf einer gut besuchten Sitzung des Bezirksvorstandes mit den Kreisvorständen beschlossen und eingeleitet worden. Herr Fährmann wird auch zukünftig die Parlamentarische Arbeitsgruppe (PAG) leiten, mit der wir die Arbeit der Bezirksversammlung, der Ortsausschüsse sowie der bezirklichen Fachausschüsse begleiten, und die damit eine wichtige Vorarbeit für unsere zukünftige Bezirksfraktion leistet. Herr Lecke wird weiterhin als Pressesprecher des Bezirks fungieren und darüberhinaus zukünftig auch unsere Homepage betreuen. Herr Jansen stellt als Bezirksredakteur unsere Präsenz in der

"Großen Freiheit" sicher. Ich selbst werde mich schwerpunktmäßig mit um die Veranstaltungsarbeit, die Kommunikation mit den anderen Bezirken sowie die Kontakte zu bezirklichen Organisationen und Verbänden kümmern. Der Bezirksvorstand hat sich ein großes Arbeitspensum vorgenommen, aber die gute Mischung von erfahrenen Mitstreitern und neuen Aktiven sowie die Präsenz aller Kreise gibt Anlaß zu Optimismus, dass wir unsere Ziele auch erreichen werden.

Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit wird sich Bezirksvorstand auf seiner nächsten Sitzung am 14. April 2003 mit dem Senatskonzept "Wachsende Stadt" und seinen Auswirkungen für den Bezirk Wandsbek beschäftigen, insbesondere im Hinblick auf die sich aus dem Konzept ergebenden Bebauungspläne für die Walddörfer und Rahlstedt. Auf der darauffolgenden Bezirksvorstandssitzung am 22. April

Liebe Parteifreunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

auf dem ersten Bundesparteitag nach der Bundestagswahl, der vom 16. bis 18. Mai 2003 in Bremen stattfindet, stehen wichtige politische und personelle Entscheidungen an. Der FDP Bezirk Wandsbek führt im Vorfeld dieses Bundesparteitages eine Veranstaltung durch, die sicher auch für Mitglieder aus anderen Bezirken und Kreisen interessant ist, und zu der wir hiermit einladen:

2003 werden wir dann gemeinsam mit den Delegierten den Landesparteitag am 25./26. April 2003 vorbereiten. Der Bezirksvorstand hat hierzu einmütig beschlossen, dem Landesparteitag unseren Wandsbeker Parteifreund Reinhard Soltau zur Wiederwahl als Landesvorsitzenden vorzuschlagen.

Ich freue mich zusammen mit dem gesamten Bezirksvorstand auf zwei spannende, aktive und hoffentlich ereignisreiche Amtsjahre. Zugleich möchte ich alle Mitglieder zur Mitarbeit auffordern, gerade auch unsere vielen Neumitglieder. Besuchen Sie die Veranstaltungen und Treffen des Bezirkes und Ihrer Kreise. Unterstützen Sie uns durch Mitarbeit, Vorschläge, Ideen und natürlich auch durch Spenden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Thomas-Sönke Kluth
Bezirksvorsitzender

Prof. Dr. Andreas Pinkwart MdB, **Landesvorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Finanzausschusses** spricht zum Thema **"Deutschlands Weg aus der Krise - Vorstellungen aus liberaler Sicht"** am Montag, den 5. Mai 2003, um 19:30 Uhr im Clubhaus des SC Concord, Berner Heerweg 188, 22159 Hamburg.

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung und eine spannende Diskussion.
Dr. Thomas-Sönke Kluth
Bezirksvorsitzende

PAG

Die Arbeit der bisherigen Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (PAG) wird weitergeführt. Alle interessierten Mitglieder, die Interesse haben den Bezirk Wandsbek lokalpolitisch zu

begleiten sind herzlich eingeladen in der PAG mitzuarbeiten.

Ansprechpartner ist Torsten Fährmann, privat: 040-6452520, büro: 040-25307992 oder e-mail: torsten.faehrmann@fdp-wandsbek.de

Kreis 29: Bramfeld

Kreisversammlung am Montag, 5. Mai 2003, 19.30 Uhr, im Hause Christiansen, Am Damm 12, 22175 Hamburg. Tagesordnung: Aktuelles (Landesparteitag 24./25. April 2003), Termine, Anträge, Verschiedenes. Ansprechpartner: J. Scheffer, Tel. 630 27 22.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Scheffer

Der neue Kreisvorstand:

Vorsitz: Herr Andreas Rolke
andreas.rolke@fdp-wandsbek.de

Stellvertreter: Herr Torsten Domroes
torsten.domroes@fdp-wandsbek.de

Schatzmeister: Herr Gerhard Danne-
mann -

Beisitzer: Herr Peter Schützeberg -
Beisitzer: Herr Volkmar Lecke

volkmar.lecke@fdp-wandsbek.de

Beisitzerin: Frau Brigitte Laferenz -

Liebe Leserinnen und Leser,

sollten Sie uns zu Ihren Artikel Fotos zusenden sollen, so achten sie bitte darauf, dass sie uns diese Bilder in einer ausreichenden Qualität übermitteln, sonst können sie nicht zufriedenstellend dargestellt werden. Digitale Fotos sollten eine Auflösung von mindestens 300 dpi haben.

Ihre Redaktion

Kreis 11: Rahlstedt

Der neue Kreisvorstand:

Vorsitz: Herr Christian Peymann

christian.peymann@fdp-wandsbek.de

Stellvertreterin: Frau Iris Klingel

iris.klingel@fdp-wandsbek.de

Schatzmeisterin: Frau Bettina Schilski

bettina.schilski@fdp-wandsbek.de

Beisitzerin: Frau Elsa Landwer -

Beisitzer: Herr Hans-Dieter Jürs -

Beisitzer: Herr Marvin Kuhn -

Kreis 22: Alstertal

Der neue Kreisvorstand:

Vorsitz: Herr Andreas Rolke

andreas.rolke@fdp-wandsbek.de

Stellvertreter: Herr Torsten Domroes

torsten.domroes@fdp-wandsbek.de

Schatzmeister: Herr Gerhard Danne-

mann -

Beisitzer: Herr Peter Schützeberg -

Beisitzer: Herr Volkmar Lecke

volkmar.lecke@fdp-wandsbek.de

Beisitzerin: Frau Brigitte Laferenz -

Kreis 12: Volksdorf

Der neue Kreisvorstand

Vorsitz: Herr Finn Denker -

Stellvertreter: Herr Ursula Eckard -

Schatzmeister: Herr Peter Hertzl -

Beisitzerin: Frau Sylvia Canel -

Beisitzerin: Frau Gritta-Merve Zeiger -

Kreis 10: Wandsbek

Der neue Kreisvorstand:

Vorsitz: Herr Jörg Zeitz

joerg.zeitz@fdp-wandsbek.de

Stellvertreter: Herr Klaus-Dieter Abend

klaus.abend@fdp-wandsbek.de

Schatzmeister: Herr Joachim Falke

joachim.falke@fdp-wandsbek.de

Beisitzer: Herr Magnus Freiherr von

Cannstein -

Vor den Hamburger Sommerferien werden 2 weitere Beisitzer nachgewählt. Einen

genauen Termin werden wir Ihnen rechtzeitig bekannt geben.

Bezirksverband HAMBURG-MITTE



Ansprechpartner: H.-O. Patzer, Tel./Fax: 0 40 / 58 66 17

Kreis 3: St. Pauli, Innenstadt, St. Georg, Hamm, Rothenburgsort, Veddel, Finkenwerder

Die nächste Kreisversammlung findet statt am **Dienstag, 29. April 2003, 18:30 Uhr** im "Restaurant Remter", Holstenwall 12 (Handwerkskammer), Raum "Gilde".

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Bericht vom Parteitag
3. Berichte der Deputierten Wirtschaft und Schule

4. Berichte der Ausschußmitglieder der Bezirksversammlung HH-Mitte
5. Planung Infostände
6. Verschiedenes

Kontakt:

Wolf Knebel

Tel.: 040/ 200 82 36

E-Mail: Wolf.Knebel@t-online.de

H.-O. Patzer

Tel./Fax.: 040/ 586617

Kreis 5: Billstedt, Horn

Unserer nächste Kreissitzung: **Donnerstag, 15. Mai 2003 um 19.00 Uhr**, Thema wird noch bekannt gegeben, Veranstaltungsort: jeweils in der Gast-

stätte „Vortmann“, Horner Landstr. 132, Ansprechpartner: H.-G. Meißner, Tel./Fax: (0 40) 7 32 95 75

Impressum:**Herausgeber:**

Freie Demokratische Partei
Landesverband Hamburg
Ost-West-Str. 63, 20457 Hamburg
Tel.: 36 63 63, Fax: 37 51 82 10
Internet: www.fdp-hh.de
e-Mail: office@fdp-hh.de

Eigendruck

Auflage: 1.500 Stück
Entgelt ist im Mitglieds-
beitrag enthalten

FDP-Bürgerschaftsfraktion

Rathaus
20095 Hamburg
Tel.: 4 28 31-40 00
Fax: 4 27 91-40 00
Email: post@fdp-fraktion-hamburg.de

Chefredakteur:

Dirk Ketelsen
(Grosse.Freiheit@fdp-hh.de)

Redaktion:

Altona: Gerhold Hinrichs-
Henkensiefken (ghh@gmx.de)

Bergedorf: Carsten Byernetzki
(carby@t-online.de)

Eimsbüttel: Dr. Sabine Bamberger-
Stemmann

Harburg: Meike Brommann-Schmidt
(mabrosch@web.de)

Mitte: Dirk Ketelsen
(dketelsen@web.de)

Nord: Janina Gilz
(jg-business@gmx.de)

Wandsbek:

Stefan Jansen (stefan.jansen@fdp-wandsbek.de)

Redaktionsschluß für Ausgabe 4/2003 ist der

10. Mai 2003.

(Eingang in der Landesgeschäftsstelle
oder bei Ihrem Redakteur!).

Redaktionsschluß ist Redaktionsschluß, auch für Termine!!

Textbeiträge und Termine sollten **auf Diskette** (Word-Format
ohne Seiten- oder Zeilenumbrüche) oder **per Email** unter:

redaktion@d-k-t.com

bzw. bei Ihrem zuständigen

Bezirksredakteur eingereicht werden.

Achtung: Termine bis einschließlich Mitte Juli 2003 melden!!

Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Juni 2003

**Textbeiträge geben die Meinung der Verfasser, nicht der Redaktion
oder des Herausgebers wieder!**

Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen.

**Bitte beachten Sie, dass Sie mit Einsendung alle hierfür notwendigen
Rechte für die Print- und Digitalverarbeitung an die Redaktion abtreten.
Dies gilt auch für zukünftige und anderweitige Verwendung von Texten
und Fotos im Rahmen der Großen Freiheit.**

Ein Anspruch gegen die Redaktion entsteht grundsätzlich nicht.

**Der Verfasser verpflichtet sich außerdem, die „Große Freiheit“ von
Ansprüchen Dritter, die durch die Verwendung von zur Verfügung ge-
stelltem Material entstehen, freizustellen.**

Ihre Redaktion

Große Freiheit

- Die Zeitung der Hamburger Liberalen